

PROTOKOLL

über die 53. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 24. April 1997, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

-

Anwesend:

-

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Ing. Othmar Schloßgangl, Ing. Dietmar Spanring, Wilhelm Spöck, Leopold Tatzreiter

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Felicitas Bauer, Josef Brandstötter, Martin-Randolf Eisner, Helga Feller-Höller, Ulrike Fuchs, Günter Fürweger, Walter Gabath, Hans Dieter Götz, Richard Gollatsch, Engelbert Huber, Anna Jeloucan, Engelbert Lengauer, Brigitte Lohnecker, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Mag. Harald Philipps, Edith Radmoser, Franz Rohrauer, Hermann Ruprechter

GEMEINDERÄTE:

Dr. Tilman Schwager, Franz Straßer, Arno Thummerer, Marco Vanek, Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD. Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Dr. Gerhard Alphasamer, Gerald Hackl, Belinda Kastlunger

ENTSCHULDIGT:

GR Hermann Bachner

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Elke Kotas

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

- 1) Wo-1355/90 Rechtsstreit von Mietern der Wohnungsanlagen GesmbH wegen überhöhter Mietzinszahlungen; Kostenersatz an den Rechtsanwalt Dr. Schmidberger
- 2) GHJ1-7/97 Ankauf von diversen Investitionsgütern für die Stadtgärtnerei, Blumauergasse 3, und die Außenstelle Rennbahnweg

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Präs-45/97 Verleihung des Ehrenrings der Stadt Steyr an Herrn Kommerzialrat Hans Braunsberger

- 2) Präs-46/97 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Dipl. Ing. Dr. Kurt Nekolny
- 3) Ha-12/93 Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ) - Profactor; Finanzierungsbeitrag für das Jahr 1997
- 4) Fin-95/97 Elektrobau AG (EBG) - Aktien; Verkauf
- 5) Fin-18/97 Bedarfszuweisungsmittel für das Industrieforum Steyr; Weiterleitung einer Landesförderung

-

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 6) Ha-2517/91 Verein „Frauen für Frauen“; Subvention für das Jahr 1997
- 7) Fin-9/97 Verein „Drehscheibe Kind“; Subventionsansuchen 1997

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

- 8) Ges-9/97 Abschluß von Verträgen sowie Erteilung einer Spezialvollmacht zur Übernahme der LAVU GmbH durch die Bezirksabfallverbände und die Statutarstädte
- 9) Bau6-5062/92 Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr; Detailprojekt; Projektierungskosten; Rate 1997
- 10) Fin-178/96 Verlängerung des am 11.3.1987 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht der Heimplätze der WIST OÖ. in Wien und Innsbruck

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL

- 11) Stw-9/97 Neuverlegung einer Erdgasversorgungsleitung im Bereich Ennskai; Auftragsvergaben
- 12) Stw-10/97 Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in den Straßenzügen Otto-Glöckel-Straße, Roseggerstraße, Hafnerstraße, Kopernikusstraße und Arbeiterstraße; Auftragsvergaben
- 13) Stw-11/97 Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen im Bereich Krakowitzer- und Wenhartstraße; Herstellung einer Erdgasleitungsverbindung in der Anselm-Angerer-Straße; Auftragsvergabe
- 14) Stw-17/97 Städtisches Freibad Steyr; Einbau einer Wasserrutsche; Auftragsvergaben

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 15) Bau5-201/93 Baustelle Kommunalzentrum

I. Allgemeines

II. Ausschreibung der Instandsetzung des Hallendaches

III. Auftragsvergaben und Mittelfreigabe

16) BauGru-608/93 Abschluß eines neuerlichen Aufschließungsübereinkommens mit Frau Berta Banglmayr, 4493 Wolfers, Kerschbergstraße 7

17) Bau4-450/93 Neubau der Dorningerbachbrücke zur Aufschließung der Leebergründe

18) BauStr-10/95 Ausbau der Gußwerkstraße BA 4 zwischen Mannlicher Straße und Parkplatz SKF

19) BauGru-47/96 Bebauungsplan Nr. 64 „Schinagl-Gründberg“

20) BauGru-30/96 Bebauungsplan Nr. 5 - „Christkindl“; Änderung Nr. 3 - Teilaufhebung

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

21) Fin-5/95 Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 16

22) Präs-130/97 Änderung der Handwerkerdienstzweigeordnung für Facharbeiter

-

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie sehr herzlich. Ein ebenso herzlicher Willkommensgruß geht an die Damen und Herren der Bevölkerung sowie an die Presse. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer wurden mir Frau GR Ingrid Weixlberger und Herr GR Arno Thummerer genannt. Beide Herrschaften nehmen diese Funktion an. Entschuldigt ist Herr GR Hermann Bachner. Herr GR Richard Gollatsch hat uns mitgeteilt, daß er etwas später kommen wird. Herr Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil wird möglicherweise auch etwas später eintreffen, weil er von einer anderen Veranstaltung nach Steyr zurückfahren muß.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil trifft um 14.10 Uhr ein.

Zu Pkt. 2) **Behandlung von allfälligen Anfragen** darf ich ihnen mitteilen, daß Herr GR Fürweger am 18.4.1997 ein Schreiben an mich gerichtet hat, in dem er folgende Anfrage stellte:

„Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stelle ich im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion folgende schriftliche Anfrage an Herrn Bürgermeister Leithenmayr:

Die Stadt Steyr hat mit der Fa. Werbering Linz einen Vertrag abgeschlossen, der dieser Firma das ausschließliche Recht der Werbung auf Lichtmasten der Stadt einräumt. Dieses Recht beschränkt sich ausschließlich auf Werbung mit Tafeln mit dem Ausmaß von 120 x 80 cm.

Nun hat die Fa. C & A im März d.J. anlässlich der Eröffnung ihres Kaufhauses eine breit angelegte Werbekampagne durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurden die Lichtmasten der Stadt auf den Brücken

mit Fahnen bestückt.

Für diese Maßnahmen gab es seitens der Bezirksverwaltungsbehörde keine Genehmigung, da dem Werbering das Recht auf Werbung eingeräumt worden ist. Laut unserer Information hat es eine Einigung zwischen der Fa. C & A und der Fa. Werbering gegeben.

Aus diesem Zusammenhang, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ergeben sich folgende Fragen, um deren Beantwortung ich sie in der nächsten GR-Sitzung bitte:

- 1) Wer hat die Erlaubnis für die Anbringung der Fahnen auf Lichtmasten gegeben?
- 2) Hat es eine Zahlung von C & A an die Fa. Werbering gegeben?
- 3) Wenn die Weitergabe von Werberechten seitens der Fa. Werbering an die Fa. C & A nicht vertragskonform erfolgte, welche Konsequenzen haben sie gezogen, um die Einhaltung des Vertrages Steyr-Stadt und Werbering zu garantieren?“

Hiezu kann ich folgendes berichten, Herr Kollege Fürweger.

Zu Frage 1)

Für die Anbringung der in Rede stehenden Fahnen wurde weder seitens der FA. für Liegenschaftsverwaltung noch seitens des GB IV eine Bewilligung erteilt. Nachdem am 18.3.1997 die konsenslose Anbringung festgestellt wurde, wurde von mir eine nachträgliche Sonderbewilligung mit der Auflage, daß die Fahnen bis zum 24.3.1997 wieder zu entfernen sind, erteilt.

Als Nutzungsentgelt wird der Fa. Marketing for Events, vertreten durch Herrn Franz Seiser, über Weisung von mir ein Benützungsentgelt von S 500,-- je an Lichtmasten angebrachter Fahne für die gesamte Nutzungsdauer in Rechnung gestellt. Es hat sich dabei um 22 Fahnen gehandelt, und es wird daher ein Betrag von S 11.000,-- vorgeschrieben.

Zu Frage 2)

Nach erfolgter tel. Rückfrage bei der Fa. Werbering, Linz, Herrn Stadler, am 21.4.1997, konnte in Erfahrung gebracht werden, daß die Fa. Werbering ein Angebot an die Fa. Marketing for Events gelegt hat, worauf diese an die Fa. Werbering eine Akontozahlung in einer mir unbekanntem Höhe angewiesen hat.

Da die Fa. Werbering den mit der Stadt Steyr bestehenden Vertrag dahingehend interpretierte, daß es sich auch bei dieser Form von Werbung um eine Lichtmastwerbung handelt, legte diese unrichtigerweise an die Fa. Marketing for Events eine Rechnung in Höhe von S 6.900,--.

Zu Frage 3)

Seitens der FA für Liegenschaftsverwaltung wurde die Fa. Werbering aufgefordert, den von der Fa. Marketing for Events angewiesenen Betrag an diese rückzuüberweisen, zumal die in Rechnung gestellte Benützungsgeld nicht Inhalt des mit der Stadt Steyr abgeschlossenen Vertrages, nämlich Lichtmastwerbung ausschließlich Tafeln 80 x 120 cm, ist.

Abschließend möchte ich ihnen mitteilen, daß die Fa. Werbering Ges.m.b.H. darauf aufmerksam gemacht wurde, daß so wie bisher alle Werbemaßnahmen auf öffentlichem Gut und gemeindeeigenem Grund der Zustimmung der Stadt bedürfen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Herr Bürgermeister, erlauben sie mir eine kurze Zusatzfrage?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zusatzfrage. Bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Im Vertrag zwischen der Stadt Steyr und dem Werbering wurde im § 7 definiert, daß Änderungen des Vertrages, ebenso Nebenabreden, der Schriftlichkeit bedürfen und diese nicht getroffen wurden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meiner Meinung nach - und ich habe das schon einmal auch auf Anfrage hier im Gemeinderat angesprochen - hat das C & A über das Ziel geschossen. Wir haben festgestellt, daß das eben vorgekommen ist, daß es uns an sich nicht kombiniert und haben die Herrschaften darauf aufmerksam gemacht, daß das bei uns unüblich ist. Das können sie vielleicht in A-Fisl oder sonstwo machen, aber bei uns nicht

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

.... und daß sie hier mit einer Rechnung rechnen müssen. Aber natürlich ist die andere Seite die, man muß sie auch kennenlernen. Wir sind sehr froh darüber, daß die Fa. C & A nach Steyr gekommen ist. Und wenn es also sonst nichts wäre, als daß eine Woche beflaggt ist, wenn wir 40 neue Arbeitsplätze durch einen Betrieb bekommen, mit dem könnte ich mich zur Not anfreunden, aber wir haben das natürlich nicht anstehen lassen und haben das konkret abgeklärt. Ich hoffe, daß meine Beantwortung zumindest geeignet war, hier allfällig offene Fragen auch noch etwas aufzuhellen.

Zu Pkt. 3) **Mitteilungen des Bürgermeisters** möchte ich mitteilen, daß sich unsere Bemühungen auf dem Tourismussektor, nämlich betreffend Kongreßtourismus, recht gut anlassen und hier immerhin schon 6 % unserer rd. 66.000 Übernachtungen, die wir gegenwärtig verzeichnen, auf den Kongreßtourismus zurückzuführen sind, und zwar nachweislich, wobei hier von verschiedenen Veranstaltern, ohne Unterstützung des Tourismusbüros, durchgeführte Schulungsmaßnahmen, Meetings oder Seminarveranstaltungen noch nicht berücksichtigt sind.

Ich glaube, daß das ein erfreulicher Umstand ist. Es kann auch mitgeteilt werden, daß allein bis zum Juni sieben verhältnismäßig große Kongreßveranstaltungen in der Stadt durchgeführt werden.

Zu den **Volksbegehren** kann ich mitteilen, daß 6.543 Stimmberechtigte das Gentechnik- und 3.745 das Frauenvolksbegehren in Steyr unterschrieben haben. Für die Proponenten sind beide Volksbegehren eigentlich sehr positiv verlaufen. Mit 22,54 % hat das Gentechnik-Volksbegehren Unterschriften in einem Ausmaß erreicht, wie das bisher noch nicht da war.

Selbst das Frauenvolksbegehren, das nur etwa die Hälfte dieser Unterschriften gegenüber dem Genvolksbegehren erhalten hat, übertraf die bis dahin am meisten unterzeichneten Volksbegehren „Konferenzzentrum“ und „Pro Zwentendorf“.

Ich möchte ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, daß am Freitag - also morgen -, die **Dachgleiche** um 11 Uhr bei unserem zehnten Seniorenwohnhaus stattfindet. Dieses Projekt hat hier die Spezialität, daß es das erste Haus in OÖ. ist, in dem „betreubares Wohnen“ dargestellt werden kann. Es ist hier so, daß in diesem dreigeschoßigen Bau immerhin 48 Wohneinheiten sind. Dieses Haus ist barrierefrei,

behindertengerecht und mit einer Notrufanlage ausgestattet. Die Wohnungen sind zwischen 47 und 54 m² groß.

Ich möchte sie auch noch darüber informieren, daß hier für diese besondere Ausstattung zusätzlich ein Betrag von S 4 Mio. aufgewendet wurde und wir natürlich auch vom Land OÖ. dafür eine Förderung erwarten.

Die Gesamtkosten liegen bei knapp 49 Millionen Schilling.

Ich würde sie bitten und einladen, morgen dieser Dachgleichenfeier nach Möglichkeit, wenn es ihre Zeit erlaubt, beizuwohnen.

Unsere nächste Aktivität auf dem Sektor der **Imagewerbung** steht unmittelbar bevor. Im Mai wird die nächste Plakat- und Sloganserie auch über Radio unter dem Titel „Von der Schulbank bis zum Internet“ kommen. Damit wird also die erfolgreich gestartete Imagekampagne fortgesetzt und gezielt das vielfältige Ausbildungsangebot sowie die intensiven Forschungsaktivitäten in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit gestellt.

Was nicht so angenehm ist, ist der Umstand, daß unsere Kühlrohre auf der Kunsteisbahn undicht geworden sind. Wir wissen, daß die Lebensdauer solcher Einrichtungen mit etwa 30 Jahren beziffert wurde, und hier im 29. Jahr Undichtheiten festgestellt wurden.

Wir haben alle Maßnahmen ergriffen und werden die Sommerzeit intensiv nutzen, um hier eben diese Kunsteisfläche general zu renovieren, wobei wir uns gegenwärtig darum bemühen - ein Planungsauftrag ist bereits nach Beschlußfassung im Stadtsenat hinausgegangen - dort eben ein System herzustellen, das sowohl die Kunsteiserzeugung im Winter als auch die Benutzung für Skating, Stockschießen oder Veranstaltungen im Sommer erlaubt. Das Landessportbüro beschäftigt sich auch mit dieser Frage. Wir erwarten, daß wir sehr kurzfristig - und da bitte ich um das Verständnis aller Fraktionen im Gemeinderat, um vielleicht auch mit einer Bürgermeisterverfügung bzw. Dringlichkeit im Stadtsenat die Auftragsvergaben vorzunehmen. Selbstverständlich werden wir uns da noch einmal zusammenfinden müssen, bevor wir diese Aufträge vergeben. Aber es geht darum, daß hier doch eine dreimonatige Bauzeit erforderlich ist, und wir natürlich nicht den Beginn der Eissaison hinauszögern möchten.

Ich bitte um ihre aktive Mitwirkung, daß wir das auch vom Termin her schaffen.

Zur **Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage** ist zu berichten, daß Ende März die Arbeitslosenquote 7,8 % beträgt. Das ist eine Reduzierung um 0,9 Prozentpunkte. Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im März 3.184. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 10,7 % und um 4,3 % gegenüber dem Vorjahr. Wir sind in einer leicht positiven Tendenz, aber wir werden uns da noch sehr anstrengen müssen. Immerhin sind im März 97 203 offene Stellen gemeldet, das sind hier um 37 mehr als ein Jahr zuvor.

Ich bitte sie, meine Damen und Herren, um **Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates**, die mit den Sitzungsunterlagen für die GR-Sitzung zugegangen sind. Bevor wir zu den Verhandlungsgegenständen kommen, möchte ich weiters kundtun, daß ein **Dringlichkeitsantrag** vorliegt, der von allen Fraktionen - wie ich sehe - unterzeichnet ist. Der Antrag betrifft die Änderung der Flächenwidmung im Bereich des ehemaligen KGM an der Ennserstraße. Wir wollen sicher nicht als Verzögerer seitens der Stadt dastehen und hier die Bauarbeiten aufhalten. Es ist ja - wie ihnen bekannt ist - geplant, daß Interspar dieses Kaufhaus nach modernsten Gesichtspunkten adaptiert, restauriert und renoviert. Und natürlich möchten die zum frühestmöglichen Termin wiederum in den Verkauf gehen. Hier decken sich die öffentlichen Interessen und die Interessen der Stadt mit Interspar. Wir erwarten dort auch, daß wieder zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, vor allen Dingen werden dort Handelsangestellte in erheblicher Anzahl wiederum Arbeit finden. Ich würde daher vorschlagen, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und diesen am Ende der Tagesordnung einer Behandlung zuzuführen.

Wenn sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, dann würde ich sie um ein Zeichen bitten. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Der Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen wird am Ende der Tagesordnung einer Behandlung zugeführt.

Ich möchte nun zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein erster Antrag betrifft die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Kommerzialrat Hans Braunsberger. Es liegt ein umfassender Amtsbericht über die Leistungen des Herrn Braunsberger vor, die natürlich über seine Geschäftstätigkeit hinausreichen, im kirchlichen und kulturellen Bereich, bis hin, daß er sich in der Vergangenheit auch bei der Gestaltung unserer Stadt durch die Errichtung von Brunnen usw. sehr verdient gemacht hat.

In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

1) Präs-45/97 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Kommerzialrat Hans Braunsberger

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 4. Februar 1997 wird Herr Kommerzialrat Hans Braunsberger mit dem Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner außergewöhnlichen unternehmerischen Leistungen und der Schaffung von Hunderten Arbeitsplätzen sowie für sein hohes persönliches Engagement in kirchlichen, kulturellen und sozialen Angelegenheiten.“

Ich bitte, über den Antrag die Debatte zu führen bzw. abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite Antrag beschäftigt sich ebenfalls mit einer Ehrung, nämlich mit der Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Dipl.-Ing. Dr. Kurt Nekolny.

Herr Dr. Nekolny ist der Präsident der Österr. Gesellschaft für Eisenbahngeschichte. Er hat uns eigentlich mit einer Handvoll engagierter Menschen, die ehrenamtlich bereit waren, in einer fast aussichtslosen Position die Steyrtalbahn errettet. Zur Zeit ist noch ein enormer Arbeitsaufwand notwendig. Und wer den Herrn Präsident Nekolny kennt, weiß, daß er selbst keine Arbeit scheut und manchmal wie der Heizer aussieht, obwohl er eigentlich der Präsident ist. Er übt dort nahezu jede Funktion aus. Er hat auch mit seinem Fachwissen ganz enorm dazu beigetragen, daß dieses Kleinod aus der Landschaft, auch aus der Tourismuswirtschaft, nicht mehr wegzudenken ist. Wir haben heute sogar mehr Lokomotiven als damals zu Betriebszeiten. Wir sind ihm alle sehr dankbar, und daher ergeht in diesem Fall der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

2) Präs-46/97 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Dr. Dipl.-Ing. Kurt Nekolny

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 28. Februar 1997 wird Herr Dipl.-Ing. Dr. Kurt Nekolny mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner kulturellen wie kunsthistorisch bedeutenden Verdienste um die Erhaltung der Steyrtalbahn als Museumsbahn.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Freigabe des Finanzierungsbeitrages 1997 für die Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich, kurz VPTÖ-Profactor genannt.

Sie wissen, daß der Gemeinderat in der Vergangenheit Grundsatzbeschlüsse in dieser Causa getroffen hat, und wir realisieren in Wirklichkeit eine Etappe dieses Grundsatzbeschlusses. Das Projekt selbst ist plangemäß unterwegs und erfreut sich mittlerweile auch bei übergeordneten Gebietskörperschaften einer hohen Akzeptanz. Bis hin zur EU wird dieses Projekt gefördert, wodurch sich der Aufwand der Stadt in verhältnismäßig günstigen Grenzen hält. Das Entscheidende ist ja, daß wir hier eine Investitionssumme von ungefähr S 182 Mio. für dieses Projekt vorgesehen haben. Die Aufwendungen der Stadt bewegen sich in einem Ausmaß von „nur“ 14 Mio. Schilling.

In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

3) Ha-12/93 Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich (VPTÖ) - Profactor; Finanzierungsbeitrag für das Jahr 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 8.4.1997 wird der Übernahme eines Finanzierungsanteiles in der Höhe von insgesamt 22 Mio. Schilling (inkl. EU-Anteil bei einer Aufteilung im Verhältnis 2:1 zwischen Stadt und EU) somit mit einem rein auf die Stadt Steyr entfallenden Finanzierungsanteil von 14,67 Mio. Schilling für das VPTÖ-Profactor für den Finanzierungszeitraum 1995 bis 2000 zugestimmt.

Da in den Jahren 1995 und 1996 bereits ein Finanzierungskostenbeitrag der Stadt Steyr in Höhe von 4,7 Mio. Schilling (inkl. EU-Anteil) geleistet wurde, verbleibt für die Stadt Steyr für die Jahre 1997 bis 2000 ein noch zu leistender Finanzierungsanteil von 17,3 Mio. Schilling inkl. EU-Anteil (das entspricht einem Eigenanteil der Stadt in Höhe von S 11,540.000,--). Der Auszahlung dieser Förderungsmittel in den Jahren 1997 bis einschließlich 2000 entsprechend des in der Anlage näher dargestellten Finanzierungsplanes wird grundsätzlich zugestimmt. Die Auszahlung der Förderungsbeträge der Stadt hat jeweils in zwei gleichen Halbjahresraten im Juni und Dezember eines jeden Finanzjahres zu erfolgen.

Für das Jahr 1997 wird die Auszahlung eines Finanzierungsbeitrages der Stadt von 6,3 Mio. Schilling inkl. EU-Anteil, das entspricht 4,2 Mio. Schilling Eigenanteil der Stadt Steyr, abzüglich eines bisher geleisteten Vorfinanzierungsanteiles der Stadt Steyr auf EU-Förderungen von 1,57 Mio. Schilling, - somit insgesamt S 2,630.000,-- - genehmigt. Dieser Finanzierungsbeitrag ist in einem unmittelbar nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr zur Auszahlung zu bringen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 2,630.000,-- von der VA-St. 1/5620/751000.9 auf die VA-St. 1/2890/757200.1 genehmigt.

Ich bitte um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Oberreiter, bitte.

GEMEINDERAT HELMUT OBERREITER:

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Die VPTÖ, die Vereinigung zur Förderung der Modernisierung der Produktionstechnologie in Österreich, mit seinem Standort in Steyr, ist - glaube ich - eine sehr positive Institution.

Der Herr Bürgermeister hat auf die Projekte hingewiesen, die hier besonders für den Industrieraum Steyr von großer Bedeutung sind.

Der Amtsbericht zeichnet im einzelnen diese Projekte auf. Diese Finanzierungsmittel für dieses Gesamtprojekt von relativ geringem Aufwand (S 182 Mio.) sind eine sehr attraktive Situation für Steyr. Der Finanzierungsbeitrag für das Jahr 1997 von S 2,63 Mio. abzüglich der Vorauszahlung, die in den Jahren 1995 und 1996 geleistet wurde, glaube ich, rechtfertigt diesen Beschluß heute. Ich werde diesem wichtigen Beschluß zustimmen und bitte sie, dasselbe zu tun.

VIZEBÜRGERMEISTERINFRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft den Verkauf von Elektrobau Aktien. Die Stadt hat seit vielen Jahren 2.250 Stück Aktien der Elektrobau AG mit einem Nominale von 100 pro Stück in ihrem Besitz. Nunmehr kommt es zu einer Verschiebung dieser Aktienpakete. Die ELIN EBG Elektrotechnik Holding GmbH hat nunmehr sämtlichen Kleinaktionären die Übernahme ihrer EBG-Aktien zum gleichen Kurs wie bei der OKA, das sind S 870,70 pro Nominale 100, angeboten.

Wir können also dieses Paket, das uns aufgrund seiner Kleinheit keinen gestalteten Einfluß auf die Entwicklung dieses Unternehmens erlaubt und einräumt, von S 1,959.075,- abzüglich eventuell bereits erhaltener Dividenden für das Geschäftsjahr 1996 Erlösen. Dieser Übernahmepreis ist als sehr attraktiv anzusehen. Wir wissen nicht, wie sich hier möglicherweise die Kurse entwickeln, weil dieses Papier

gegenwärtig nicht an der Börse ist, aber in der Bilanz wird hier ein kontinuierlicher Kurswert von S 500,-- genannt. Wir glauben also, daß es ein günstiger Zeitpunkt ist, dieses Paket abzustoßen, und daher ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

4) Fin-95/97 Elektrobau AG (EBG) - Aktien; Verkauf

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 8. April 1997 wird dem Verkauf von 2.250 Stück Elektrobau AG (EBG)-Aktien zum Nominale 100 um S 870,70 pro Nominale 100 abzüglich eventuell erhaltener Dividenden für das Geschäftsjahr 1996 an die ELIN EBG Elektrotechnik Holding GmbH zugestimmt. Dies entspricht einem Verkaufserlös von S 1,959.075,-- abzüglich eventuell bereits erhaltener Dividenden für das Geschäftsjahr 1996.

Ich bitte um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Den nächsten Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Bedarfszuweisungsmittel für das Industrieforum Steyr. Hier geht es um die Weiterleitung eines Betrages, den wir von der Landesregierung erhalten haben. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

5) Fin-18/97 Bedarfszuweisungsmittel für das Industrieforum Steyr; Weiterleitung einer Landesförderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 8. April 1997 wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 1,000.000,-- an den Verein Industrieforum Steyr, Schönauerstraße 5, 4400 Steyr, für die Landesausstellung 1998 zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VASSt 5/3600/757000.8 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 1,000.000,-- für das Rechnungsjahr 1997 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Frau GR Feller-Hölller, bitte.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, werte Damen und Herren! Der im Jahre 1832 in Wien geborene Josef Reithoffer hätte sich wohl nicht im Traum vorstellen können, daß sein Name 165 Jahre später im Zusammenhang mit einer Landesausstellung eine wichtige Rolle spielen würde. Er war Gründer der Gummi- und Kabelwerke Reithoffer. Seine Söhne bauten in den letzten Jahrzehnten des vorigen

Jahrhunderts das Werk im Pyrach auf, das in Folge mehr als 1.100 Arbeiter beschäftigte. Fahrrad- und Autoreifen wurden ebenso erzeugt, wie später gasdichte Ballonhüllen oder Gummiabsätze. Eines, meine geschätzten Damen und Herren, bin ich mir sicher, die Familie Reithoffer wußte, wie man erzeugte Produkte auch verkauft!

Der Anlaß zur Beschlußfassung über den vorliegenden Tagesordnungspunkt ist zweifellos ein erfreulicher.

Das Gemeindereferat des Amtes der öö. Landesregierung hat für das Projekt Steyr - Reithoffer im Rahmen der kommenden Landesausstellung Mittel in Höhe von S 1 Million avisiert. Dem Verein Industrieforum Steyr, der diese Gelder dringend benötigt, wurde von Herrn LH-Stv. Hochmair die Auszahlung des Gesamtbetrages im Jahr 1997 - und nicht wie vorgesehen in 2 Raten 1998 und 1999 - zugesagt. Die Ausschreibungen für die Gebäudesanierungsarbeiten sind mittlerweile im Laufen. Es werden die entsprechenden Preisverhandlungen geführt. Mittel in Höhe von S 3 Mio. sind für die Maßnahmen der Adaptierung des Erdgeschoßes, des Eingangsbereiches oder etwa für die Errichtung der Zufahrtswege oder für die Schaffung von Flächen für den ruhenden Verkehr erforderlich. All dies sind Maßnahmen im Rahmen des preisgekrönten Projektes von Arch. Falkner, Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung eines Teiles der Landesausstellung „Land der Hämmer“, Maßnahmen für das Projekt „Tradition und Innovation“ des Vereines Industrieforum Steyr.

Meine Damen und Herren, sie wissen, daß die Landesausstellung am 1. Mai 1998 ihre Pforten in Steyr öffnen soll. Sie wissen natürlich auch, was der Ankauf Reithoffer selbst gekostet hat und daß man sich nun bereits mittlerweile - einschließlich aller bisher getätigten Ausgaben und dieser unaufschiebbaren Sanierungsaufgaben - an der 20 Millionen Schilling Grenze bewegt.

Finden sie es nicht befremdend, daß das Land eine Landesausstellung unter dem Motto „Land der Hämmer - Heimat Eisenwurzten“ in Weyer und in 24 anderen Ausstellungsorten durchführen will?

Ich habe mir diesen Folderentwurf einmal genauer angesehen.

GR Feller-Höllner hält den Entwurf hoch.

Also ich persönlich kann fast nicht mehr lesen „in Weyer und in 24 weiteren Ausstellungsorten.“ Sicherlich nicht mehr lesen und nicht mehr wiederfinden, werde ich hier unten das Wort „Steyr“.

Meine Fraktion findet dies alles sehr befremdend!

Ich bin der Meinung, wenn man ein Produkt erzeugt, muß man es auch verkaufen, genauso, wie dies die Reithoffers vor 100 Jahren schon gewußt haben.

Ich bin auch der Meinung, daß man diese stiefmütterliche Behandlung der Eisenstadt nicht einfach so hinnehmen kann; nicht aus Sicht des Tourismus oder der Gastronomie und sicher nicht im Hinblick auf die Umwegrentabilität, die der Ausstellungstourismus mit sich bringen könnte - und schon gar nicht aus Sicht einer verantwortungsbewußten Kommunalpolitik!

Steyr muß meiner Meinung nach eine eigene Werbeschiene legen. Wir müssen die geographische Lage der Stadt, am Eingang zum Ennstal, nützen und aufgrund der Verkehrssituation den Besucherstrom entsprechend lenken und abfangen.

Die Eisenstadt, meine Damen und Herren, ist m e h r als einer von 24 anderen Ausstellungsorten!

Josef Reithoffer und seine Söhne haben gewußt, warum sie sich ausgerechnet in Steyr und nicht in irgendeinem anderen Ort niedergelassen haben. Und ich persönlich bin geneigt zu sagen, daß hier im Land der Hämmer einem im Zusammenhang mit der Landesausstellung manches manchmal auch auf den Hammer gehen könnte. Damit dies nicht passiert, damit unsere Stadt nicht unter den Hammer kommt, plädiere ich dafür, rechtzeitig geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese angesprochene Plakatserie ist Ausdruck für eine Nichtkoordinierung zwischen, ich sag es einmal so, dem „schwarzen“ Land und der „roten“ Stadt. Was hier jahrzehntelang, auch im Verkehrsbereich, sei es auf der Schiene, sei es auf der Straße, präsentiert worden ist, man hier nicht zusammenarbeiten wollte; zum Schaden der Region Steyr.

Nur, warum ich mich jetzt auch zu Wort melde, ist - und da haben wir alle Nachholbedarf und das war ja auch ein Grund unserer Zurückhaltung beim Ankauf des Gesamtobjektes Reithoffer -, weil wir ein Nutzungskonzept für diese Räumlichkeiten nicht nur bis zur Landesausstellung, sondern auch nach der Landesausstellung verlangt haben, und das bis heute verlangen und bis heute noch keine Antwort bekommen haben. Es liegt an uns, nachdem sich die Verhandlungen scheinbar mit dem Bund zerschlagen haben, hier ein Bundesmuseum zu machen. Hier ist dringender Handlungsbedarf! Was wird hier aus dem Erdgeschoß und insbesondere aus dem 1. Stock, aus den Räumlichkeiten, also der Landesausstellung nach 1998, geschehen? Auch davon wird natürlich die Förderung und die Unterstützung vom Land abhängen, was in der Region nach 98 übrigbleibt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Schlußwort? Bitte sehr, Herr Bürgermeister.

Verschiedene Zwischenrufe: „Wortmeldung“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe dann gesagt „Schlußwort“, weil keine Wortmeldung mehr war.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Er hat sich zu Wort gemeldet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie dem auch sei. Aber eines Herr Dr. Pfeil, da kann ich ihnen nicht zustimmen, daß es sich hier um ein Koordinationsproblem zwischen der „roten“ Stadt - danke, daß sie das gesagt haben, „roten“, noch immer - und dem „schwarzen“ Land OÖ handelt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Auch noch immer.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So nicht. Es entspricht zwar nicht unserer Vorstellung, daß das so passiert ist, aber ich möchte doch in Erinnerung rufen, daß diese Ausstellung ursprünglich als eine 3-Länder-Ausstellung dargestellt wurde und hier die Steiermark, Niederösterreich und Oberösterreich zusammenspielen sollten. Nachdem die Steiermark und Niederösterreich sich hier von dieser Konzeption verabschiedet haben, ist die Philosophie so gewesen, daß wir das erste Mal eine Landesausstellung mit dislozierten Standorten und Projekten haben werden, und das war eigentlich bis in die unmittelbare Vergangenheit so. Ich war bei vielen Sitzungen des Vereines Eisenstraße, der hier das Projekt führt und dort auch die Koordination stattfindet und die hauptamtlichen Manager sozusagen tätig sind. Es hat sich jetzt erst - vor vielleicht sechs, acht Wochen - herausgestellt, daß dieser Plakatentwurf - auch gegen den Willen des dort agierenden Vereines Eisenstraße - eben so aussieht, weil man beim Land meint, daß es nur dann eine effektive Werbung geben kann, wenn ein Ort genannt ist.

Natürlich ist das für uns unbefriedigend, weil wir, wenn man einmal von Weyer absieht und dieser Innerberger Stadl mit sehr viel Aufwand und Zuschüssen des Landes renoviert wird, wahrscheinlich das größte Einzelprojekt haben werden. Das sind schon gewaltige Beträge, wenn wir das Reithofferhaus, wenn wir den Aufwand nehmen, den wir zur Renovierung dieser Oldtimer beschlossen haben, wenn wir andere Förderungen nehmen, weil andere Projekte auch noch für diese Landesausstellung gefördert werden, dann ist es für uns natürlich nahezu nicht zu schlucken, auch nicht für die Wirte, für die Gastronomie, für die Tourismusbetriebe der Region, daß jetzt ausschließlich Weyer beworben wird. Das betrifft nämlich 24 andere Orte auch. So steht es auf dem Plakat, und nicht nur die „rote“ Stadt Steyr. Wir werden daher diesem Vorschlag, den hier die Frau Kollegin Feller-Höllner gemacht hat, sicher folgen. Die Wirte, die Gastronomiebetriebe und die Tourismuskommision sind aktiv geworden und vertreten die Meinung, daß man eine eigene Werbeschiene machen muß. Ich glaube auch, daß bei einem Investment in der Gegend von mehr als S 20 Mio. (da rechne ich noch gar nicht die Zinsen für das ausgelegte Kapital) man nicht ein Produkt im Ausmaß dieses Wertes herstellen kann und dann keine Werbung betreiben sollte. Da werden wir uns wahrscheinlich noch sehr intensiv unterhalten müssen, wie man denn auch diese Ausstellungen, die in Steyr stattfinden, bewirbt. Es gibt ja nicht nur das Industrieforum, sondern auch das Museum Industrielle Arbeitswelt. Es gibt auch noch das BMW-Projekt, das ja auch ungefähr S 20 Mio. kosten wird. So sehe ich die Dinge. Daher glaube ich, daß wir da auch noch einen Werbeaufwand, ob es uns freut oder nicht, betreiben müssen. Das wird auch genauso die Umlandgemeinden, die Projekte haben, von Sierning bis Ternberg hinein, glaube ich, direkt interessieren, jedenfalls alle Gemeinden, die auch im Ziel II-Gebiet gelagert sind und solche Projekte mit viel Aufwand, aus ihrer Sicht und aus ihren Gemeinden entsprechend, mit Mühe auf die Schiene gebracht haben.

Was hier ihre Zurückhaltung anlangt, die sie auch beim Ankauf des Reithofferhauses zum Ausdruck gebracht haben, das war ja keine Zurückhaltung. Sie haben damals den Saal verlassen. Sie haben sich „vergehalten“, nicht zurückgehalten.....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

.....solche Dringlichkeit beschließen, was man schon 1 Woche vorher intern beschlossen hat, ohne daß man mit anderen Fraktionen darüber spricht und daß man 5 Minuten vor Sitzungsbeginn über ein S 10 Mio-Projekt die Unterlagen bekommt. So kann das nicht gehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sie ziehen sich auf eine formelle Diskussion zurück, aber **n o c h** vorher hat es eine Übereinkunft der Fraktionsvorsitzenden gegeben, daß wir das kaufen werden, und zwar um S 10 Mio. Das muß ich auch dazusagen. Und wenn sie den Zeitdruck beobachten würden, Herr Dr. Pfeil, Herr Kulturreferent, dann müßten sie ja mitbekommen haben, daß es höchste Eisenbahn ist, um das salopp zu formulieren, daß wir das überhaupt hinbringen.

Wir werden jetzt als Stadt wieder massiv unterstützen müssen, weil der Verein gar nicht in der Lage ist das darzustellen, daß im September die baulichen Sanierungsmaßnahmen, Boden, Weißeln, Fenster, sanitäre Anlagen, soweit fertiggestellt sind, daß wir das in den wenigen Monaten, die dann nämlich von September bis April verbleiben, wo die Eröffnung der Ausstellung schon determiniert ist, überhaupt hinbringen.

Wir haben da keine Zeit gehabt, uns da weiß Gott wie lange damit zu beschäftigen. Waren sie nicht in der letzten Planungsausschußsitzung?

Verschiedene Zwischenrufe: „Nein“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Waren sie nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Uns geht es um das Nutzungskonzept.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Auf das komme ich ja gerade zu sprechen - waren sie nicht? Letzte Planungsausschußsitzung? Aha!

Alle anderen aus ihrer Fraktion wissen, daß sehr konkrete Vorschläge genau in dieser Sitzung von Herrn Arch. Falkner unterbreitet wurden, die auch von allen Mitgliedern dieses Ausschusses aus allen Fraktionen im Prinzip goutiert wurden.

Und da ist, da sind wir uns zum Glück wieder einmal einig, im Erdgeschoß diese Industrieforum-Ausstellung vorgesehen. Wir werden auf alle Fälle Teile des ersten Obergeschoßes für ein Archiv benötigen. Wir werden es für einen Saal, der natürlich eine Mehrfachnutzung haben soll, nämlich für eine Musikschule, die im 3. Obergeschoß situiert werden soll, benötigen. _Dieser Saal sollte natürlich auch für die Ausstellung Industrieforum in Zukunft genutzt werden und die Möglichkeit bieten, daß man der Stadtkapelle einen entsprechenden Proberaum einräumt. Wir würden dafür im Schloß diese stimmungsvolle Räumlichkeit für andere kulturelle Zwecke gewinnen können. Im obersten Geschoß sollen vielleicht Galerien der Stadt Steyr sein. Künstler wie sie jetzt schon drinnen sind usw. Das ist schon diese Nutzungskonzeption gewesen, die im Ausschuß präsentiert und diskutiert wurde! Das wollte ich nur sagen, aber das ist

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, noch ein Wort dazu.....

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

.... eigentlich schon sehr weit von unserem Antrag

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bei der vorletzten Sitzung, ist es unwidersprochen geblieben, daß der 1. Stock, darum ist es mir eigentlich gegangen, nicht für die Landesausstellung ausgebaut wird, u n w i d e r s p r o c h e n bis zu meinem Einspruch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Vizebürgermeister, du kannst dich zu Wort melden. Das war eine Wortmeldung

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ein Schlußwort, Frau Kollegin!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, das war nicht das Schlußwort!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Laß ihn.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

... Schlußwort, das hast du selbst gesagt; bis zu meinem Einspruch ist das unwidersprochen geblieben. Erst dann hat man sich geeinigt, es muß doch auf einen Kraftakt basieren, daß das 1. Stockwerk miteinbezogen wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Den Kraftakt, Herr Dr. Pfeil, können sie nur dann machen, wenn sie hier eine massive Kreditüberschreitung machen würden. Das ist ja der Punkt, wo sie ohnehin generell dagegen sind.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da fehlt eine Planung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, da fehlt nicht die Planung, Herr Dr. Pfeil, da fehlt uns einfach das Geld. Und es haben alle Beteiligten akzeptiert, daß wir zwar für dieses Archiv etwas tun müssen, aber wir sind einfach nicht in der Lage, das Reithofferhaus auszubauen. Wenn sie alleine die Wirtschaftlichkeit des Unterfangens betrachten, nämlich dort einen Saal in jenem Geschoß anzuordnen, der sowohl der Musikschule als auch für die Präsentationen Industrieforum und dann auch als Probesaal für die Stadtkapelle zur Verfügung steht, dann sehen sie, wie intensiv wir uns mit dieser Materie beschäftigt haben, um das überhaupt möglich zu machen. Für die Förderung Musikschule, die ja eine Landesmusikschule ist und die also hier bis zum Bund reicht, weil Landesmusikschulen werden ja auch vom Bund gefördert, werden wir etwa 1/3 zahlen müssen.

Das ist also ein Brocken, der auch im Land OÖ. einer mehrjährigen Vorlaufzeit und einer entsprechenden Reservierung im Landesbudget bedarf.

Wir haben jetzt - so weit waren wir ja noch nie - das erste Mal eine Übereinstimmung mit allen Beteiligten erreichen können, daß dieses Haus der Platz ist, wo hier die Landesmusikschule untergebracht werden kann. In den nächsten Jahren wird man hier Schritt für Schritt rangehen müssen, um hier auch diese Nutzungskonzeption umzusetzen. Erster Schritt: Landesausstellung „Land der Hämmer“, Industrieforum Steyr S 1 Mio. weiterleiten. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

Herr GR Günter Fürweger verläßt um 15.00 Uhr den GR-Sitzungssaal.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte die Kollegin Mach um ihre Anträge.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Subvention für das Jahr 1997 für den Verein „Frauen für Frauen“.

Es wird in dieser Form das letzte Mal sein, daß wir die Subvention beschließen, weil nach Beschluß des neuen Sozialhilfegesetzes die Kosten zur Gänze vom Land für die Frauenhäuser in OÖ. übernommen werden. Wir werden uns im Umlageverfahren beteiligen. Es wird dann eine gesetzliche Vorschreibung geben, und daher wird dieser Antrag im Gemeinderat nicht mehr kommen.

Ich bin sehr froh, daß dadurch die Absicherung der Frauenhäuser erfolgte, denn die Zunahme an Gewalt an Frauen und Kindern, das wissen wir alle, wird immer mehr, und somit sind diese Einrichtungen auch von der Landesseite abgesichert.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

6) Ha-2517/91 Verein „Frauen für Frauen“- Subvention für das Jahr 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 5.3.1997 wird dem Verein „Frauen für Frauen“ für den laufenden Betrieb des Frauenhauses Steyr, Wehrgrabengasse 83, im Jahr 1997 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 700.000,--

(Schilling siebenhunderttausend)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/4690/757000.7 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Die Ankündigung von Frau Vizebürgermeister Mach über die landesgesetzliche Ordnung stimmt mich ehrlich gesagt froh, daß nicht mehr wir alleine als Stadtgemeinde die traurige Verpflichtung für den Verein „Frauen für Frauen“ tragen müssen, der ja eine absolute Notwendigkeit ist, insbesondere schon wegen der Betreuung des Frauenhauses, die wirtschaftlichen Mittel alleine aufzubringen. Das war ja schon so, daß ich in den Vorjahren immer wieder darauf gedrängt habe, daß man gesagt hat, man sollte auch die Umlandgemeinden zu Finanzleistungen veranlassen, aus deren Gebiet die Frauen mit ihren Kindern bzw. ohne Kinder kommen und hier Zuflucht suchen.

Wir müssen damit rechnen, daß das Frauenhaus ab 1. Mai 1997 noch einen verstärkten Zulauf finden wird, als an diesem Tag das Gesetz gegen die Gewalt in der Familie zum Tragen kommt und eben rechtsgültig wird. Es gibt bekanntlich die Möglichkeit der Ausweisung, aber auch eben als vorübergehende Maßnahme die Unterbringung von Frauen im Frauenhaus durch die Sicherheitsbehörden. Und ich nehme an, daß das eine erhöhte Auslastung bringen wird, sodaß die Notwendigkeit, diese Organisation zu unterstützen, einen um so größeren Stellenwert erhält.

-

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Schlußwort gewünscht, Frau Referentin? Kein Schlußwort. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Nicht. Einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. In meinem nächsten Antrag geht es um eine Kinderbetreuungseinrichtung, und zwar um die Kindergruppe „Elefant“. Es geht um das Subventionsansuchen des Vereines „Drehscheibe Kind“. Wir wissen ja alle, daß die Kinderbetreuungseinrichtung für Kinder unter 3 Jahren ist.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

7) Fin-9/97 Verein „Drehscheibe Kind“, Subventionsansuchen 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 24. März 1997 wird dem Verein „Drehscheibe Kind“ für den laufenden Betrieb der im Standort Steyr, Promenade 12, bestehenden „Kindergruppe Elefant“ für das Jahr 1997 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von

S 120.000,--

(i.W. hundertzwanzigtausend)

gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei der VSt. 1/4390/757000.4 ein Betrag von S 120.000,-- freigegeben.

Auch für diesen Antrag ersuche ich um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag. Frau Kollegin Bauer, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich hätte nur eine Zusatzfrage. Soweit mir bekannt ist, waren im Jahre 95 die Gebühren für das Abgeben eines Kindes pro Stunde S 30,-, und ich wollte fragen, ob das in den letzten zwei Jahren angeglichen wurde. Ich glaube nicht, daß man der öffentlichen Hand immer mehr abverlangen kann und der eigentliche Deckungsgrad nicht berücksichtigt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Frage? Bitte, Frau Kollegin Lohnecker.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Keine Frage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Wortmeldung, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kinderbetreuung ist gut, wichtig und notwendig. Wenn wir sagen, daß Kinderbetreuung wichtig und

notwendig ist, dann kostet das uns auch etwas.

Den Verein „Drehscheibe Kind“ gibt es seit 1993. Er hat 2 Jahre ohne Subventionen seitens der Stadt gearbeitet. Sie arbeiten gut. Das sieht man am Zuspruch der Angebote, die bisher wahrgenommen wurden. Zur Zeit werden 24 Kinder ständig betreut. Sie bieten sehr vielfältige Angebote, wie z.B. auch diese englische Vorschulerziehung.

Was mir an diesem Verein besonders gefällt, ist, daß er eigentlich auf 3 Dinge sehr stark Rücksicht nimmt, und zwar 1. die Kinderbetreuung, 2. bietet er Beschäftigung für Frauen und 3. hat er sehr viele ehrenamtliche Mitarbeiter, die alle keine bezahlte Beschäftigung annehmen wollen, sondern die sagen, daß einem oft die Decke auf den Kopf fällt. Sie haben keine Aufgaben mehr, weil die eigenen Kinder aus dem Haus sind, weil der Mann sehr engagiert ist. Sie finden hier eine Betätigung, die ihnen Freude und Spaß macht.

Seit der Regelung der Sondernotstandshilfen heißt das auch, daß die Stadt Steyr für jede nicht zur Verfügung gestellte Kinderbetreuungsstelle einen Zuschuß zahlen muß.

Wir können eigentlich nur froh sein, daß wir solche Vereine haben. Ich habe mir auch diese Vergleiche angesehen, was staatliche Kindergärten kosten und was das in den privaten Vereinen ist und stelle fest, daß das wirklich noch wesentlich günstiger kommt.

Ich freue mich hier über die Zustimmung, daß der Verein, der wirklich ausgezeichnete Arbeit leistet, unterstützt wird.

GR. Richard Gollatsch trifft um 15.07 Uhr ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Kollege Oppl bitte.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte mich eigentlich sofort an die Äußerungen von der Frau Kollegin anschließen. Es ist so, daß, wenn es um Subventionen für Kleinstkinderbetreuungseinrichtungen geht, es an und für sich immer wieder im Vorfeld zu Diskussionen kommt, ob es überhaupt solcher Einrichtungen bedarf oder nicht.

Ich glaube, daß es unbestritten ist, sofern die Rahmenbedingungen vorhanden sind, daß es auf alle Fälle besser und für das Kind wichtig ist, wenn es die Möglichkeit hat, solange als möglich im Kreis der Familie aufzuwachsen. Wir dürfen aber auf der anderen Seite die Zeichen der Zeit nicht übersehen. Und ob der eine jetzt will oder der andere nicht, da müssen wir einfach auf die gesellschaftliche Entwicklung reagieren. Ich denke mir, daß es auch in Zukunft notwendig sein wird, in der Stadt Steyr vermehrt die Kleinstkinderbetreuungseinrichtungen zu forcieren.

Wenn ich mir in unserer Stadt die Bevölkerungsstruktur anschau, dann leben zur Zeit rd. 1.400 Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren hier in unserer Stadt. Eine Untersuchung hat gezeigt, daß von den rd. 1.400 Kindern insgesamt ca. 25 % in Familien aufwachsen, wo nur ein Elternteil vorhanden ist. Ich glaube, es liegt auf der Hand, daß im Regelfall dieser eine Elternteil eben die Mutter ist. Wenn ich mir nun das Szenario vorstelle, daß nach der Karenzzeit viele Mütter es einfach aus finanziellen und wirtschaftlichen Überlegungen notwendig haben, wieder in das Berufsleben einzutreten, so kann man sich vorstellen, daß es in vielen, vielen Fällen einfach zu ganz großen Problemen innerhalb der Familie kommt, wo eben diese kleinen Kinder untergebracht werden müssen. Ich denke, gerade im urbanen Bereich ist die Kleinstkinderbetreuungseinrichtung eine wirklich effiziente und sinnvolle Ergänzung zu den Tagesmüttern.

Ich möchte wirklich auch dem Verein „Drehscheibe Kind“, der hier in Steyr sicherlich auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle eingenommen hat, zu dieser Einrichtung gratulieren.

Ich möchte nicht nur für meine Person, sondern auch in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kinderfreunde, diese Einrichtung voll und ganz unterstützen und sie auch einladen, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird noch eine Wortmeldung gewünscht? Nicht mehr der Fall. Schlußwort, Frau Referentin?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren! Es ist jetzt sehr viel gesagt worden, daß wir solche Einrichtungen dringendst in unserer Stadt benötigen. Es wird in Zukunft immer mehr werden. Man darf eines nicht vergessen, auch durch die Ladenöffnungszeiten, also wenn mehr Geschäfte offen und länger offen haben, brauchen wir natürlich mehr Einrichtungen. Was machen die Mütter? Es ist ein Kreislauf, der nicht sehr gut ist. Ich persönlich kann mich mit den Ladenöffnungszeiten nicht abfinden, denn wenn jemand von 8.00 bis 18.00 Uhr nicht einkaufen kann, braucht er am Abend auch nicht mehr gehen.

Zur Frage von Frau Kollegin Bauer möchte ich eines sagen. Das eine ist ein Stundensatz für die stundenweise Betreuung bei der Drehscheibe Kind. Die Subvention hat mit dem überhaupt nichts zu tun. Die Subvention ist rein für die Vorkindergartengruppe gedacht. Die hat mit den anderen Einrichtungen der Drehscheibe Kind nichts zu tun. Diese Subvention beruht rein auf die Vorkindergartengruppe und die wollen wir heute beschließen. Den Rest finanzieren sie sich selbst und mit freiwilligen Mitarbeiterinnen, wie Frau Kollegin Lohnecker bereits gesagt hat, aber das hat mit dem S 30,--/Stundensatz nichts zu tun, sondern in diesem Bereich hat die Kindergarteneinrichtung eine soziale Staffelung. In welcher Höhe sich das bewegt, kann ich auch nicht sagen, aber das ist nach dem Einkommen gestaffelt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 7. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke der Kollegin Mach. Nächster Berichterstatter ist Herr Stadtrat Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! In meinem ersten Antrag geht es um den Abschluß von Verträgen sowie um die Erteilung einer Spezialvollmacht zur Übernahme der LAVU GmbH durch die Bezirksabfallverbände und die Statutarstädte sowie die Änderung der Grundsatzvereinbarung.

Aufgrund des öö. Abfallwirtschaftsgesetzes sind in OÖ. 15 Bezirksabfallverbände eingerichtet, wobei diese mit den jeweiligen Bezirken ident sind. Zudem haben die Magistrate der Statutarstädte die Aufgabe der Bezirksabfallverbände in ihrem Wirkungsbereich wahrzunehmen. Die Bezirksabfallverbände bzw. die Magistrate haben im wesentlichen für die Altstoffsammlung und die geordnete Abfallverwertung zu sorgen und entsprechende Sammel- und Entsorgungseinrichtungen zu errichten, zu betreiben und zu erhalten.

Der Großteil der Bezirksabfallverbände bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgaben unter anderem der österr. Landesabfallverwertungsunternehmen, LAVU genannt. Das LAVU betreibt in allen Bezirken, mit Ausnahme von Linz und Steyr, Altstoffsammelzentren, wozu entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen wurden. Das Land OÖ. ist derzeit zu 100 % Gesellschafterin der LAVU. Im Zuge der Privatisierung von Landesunternehmen soll auch das LAVU veräußert werden. Anstelle der Zentralisierung der Abfallverwertung soll im Land OÖ. ein dezentrales Kooperationsmodell verwirklicht werden, sodaß die Bezirksabfallverbände und Statutarstädte neben privaten Interessenten den Ankauf der LAVU angestrebt haben und mit dem Land OÖ. eine Einigung der Vertragsmodalitäten erzielen konnten. Vorgesehen ist, daß die 15

Bezirksabfallverbände und die drei Statutarstädte eine Holding in Form einer Ges.m.b.H gründen und diese neugegründete Gesellschaft das LAVU erwirbt. Zu diesem Zweck ist auch von der Stadt Steyr, der vom beauftragten Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Graziani-Weiss ausgearbeitete Gesellschaft und zusätzlich eine Grundsatzvereinbarung über die Modalitäten der zukünftigen Zusammenarbeit abzuschließen. Beide Verträge sind dem Amtsbericht in der Anlage beigeschlossen, sodaß bei der Darstellung der Vertragsinhalte eine Beschränkung auf wesentliche Bestimmungen vorgenommen werden kann.

Ich ersuche, Abstand nehmen zu dürfen, den Vertrag vollinhaltlich vorzutragen. Die wesentlichen Punkte dieses Vertrages für die Stadt Steyr sind, daß das Stammkapital für die Stadt Steyr als Gesellschafter in diesem Unternehmen S 200.000,- ausmachen soll. Mögliche Nachschüsse zur Stammeinlage sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Stadt möglich. Es kann hier kein Mehrheitsbeschluß in der neuen Gesellschaft zu Nachschüssen führen. Die Übertragung von Gesellschaftsanteilen sind zwar bis 31.12.1998 nicht möglich, aber nach diesem Zeitraum wäre dies möglich. Für jeden einzelnen Gesellschafter ist es möglich, die Gesellschaftsanteile an andere weiterzugeben. Das Risiko der Stadt Steyr in diesem Punkt ist somit minimalst und nur mit S 200.000,- Stammeinlage gegeben.

Ich möchte hier nur informativ anführen, daß ich heute Vormittag informiert wurde, daß Steyr der letzte Bezirksabfallverband ist. Es haben alle 15 Bezirksabfallverbände und die 2 Statutarstädte Linz und Wels dieser Vereinbarung oder dieser Gründung der Gesellschaft ihre Zustimmung erteilt. Ich möchte hier nur anfügen, daß es doch auch für die Stadt Steyr von großem Interesse ist, hier der Gründung oder Übernahme der LAVU positiv gegenüberzustehen.

Wir haben auch im Landesabfallverband Gutachten von Fachleuten machen lassen, die sich mit der Abfallverwertung und der ganzen Abfallproblematik intensiv beschäftigen. Es kommt hier immer stärker heraus, daß nicht alles unbedingt sinnvoll und zweckmäßig ist, alles in private oder zur Gänze in private Hände zu geben. Gerade im Bereich der Abfallproblematik, wo hier die Abfallsammelzentren mitgeführt werden und von der zu gründenden neuen Gesellschaft betreut werden. Wo viel Problem- und Sondermüll ist, ist Vorsicht geboten, um nicht in Zukunft Gefahr zu laufen, damit wieder ein Wildwuchs in irgendwelchen unkontrollierten und unbekanntem Deponien ist.

Wir finden ja jetzt schon einige Probleme mit den privaten Betreibern vor. Wir sehen das mit der ARGEV, die Kunststoffentsorgung, daß wir da als Stadt unsere Probleme haben.

Das Neueste war ja, daß die ARGR, diese Glasgesellschaft, die rein privatrechtlich geführt wird, in den Ausgleich gegangen ist.

Wir werden uns hier als Stadt mit dem auch noch einmal zu beschäftigen haben. Auch wenn wir zwar momentan keine direkten Leistungen von der LAVU eingekauft haben, das könnte aber in Zukunft der Fall sein, daß wir als Stadt Steyr die Dienstleistungen der LAVU auch in Anspruch nehmen könnten.

Ich glaube, daß wir uns als Stadt Steyr aus dem Verband des Landesabfallverbandes nicht hinausstellen sollten, sondern daß wir drinnen sind und hier auch mitreden und mitentscheiden können.

8) Ges-9/97 Abschluß von Verträgen sowie Erteilung einer Spezialvollmacht der LAVU GmbH durch die Bezirksabfallverbände und die Statutarstädte

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des gemeinsamen Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten und der Fachabteilung für Umweltschutz und Abfallwirtschaft vom 7. April 1997 wird dem Abschluß der Grundsatzvereinbarung und des Gesellschaftsvertrages zur Gründung der Bezirksabfallverbände Holding GmbH entsprechend den beigeschlossenen Vertragstexten zugestimmt. Zur Gründung der GmbH wird mittels Spezialvollmacht Herr Bürgermeister Ing. Josef Moser, Obmann des OÖ. Landesabfallverbandes, ermächtigt.

Zur Bezahlung des Gesellschaftsanteiles in Höhe von S 200.000,- (Schilling zweihunderttausend) wird einer Kreditübertragung von der VA-Stelle 1/8520/728100.6 zur VA-Stelle 1/8520/080000.0 unter gleichzeitiger Mittelfreigabe bei dieser VA-Stelle zugestimmt. (BEILAGEN)

Ich ersuche hier um Debatte und um Zustimmung des Antrages.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Eine Wortmeldung. Herr Dr. Tilman Schwager, bitte sehr.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben ja schon im Umweltausschuss die Thematik LAVU einmal zu behandeln gehabt.

Ich habe damals schon meine Bedenken gegen den Beitritt zu diesem Gesellschaftsvertrag aufgezeigt. Im Referat von Herrn StR. Bremm wurde sehr schön dargetan, daß wir bislang mit LAVU überhaupt nichts zu tun hatten, sondern daß wir unsere Abfallentsorgung und die Abfallwirtschaft eigentlich als Stadt sehr gut im Griff hatten und haben.

Es ist richtig, wenn im Referat auch ausgeführt wurde, daß das wirtschaftliche Risiko sich mit einer Gesellschaftseinlage von S 200.000,- eingrenzt. Das ist absolut richtig. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß man auch mit S 200.000,- als Verantwortlicher für die Stadt vorsorglich umzugehen hat und diese nicht hinauswerfen muß, wenn sie nicht nötig sind.

Wir haben über die LAVU keinerlei konkrete Unterlagen erhalten, um jetzt diesem Konvolut von Verträgen, das uns jetzt vorgelegt wurde, in irgendeiner Form näher treten zu wollen, da müßte man doch wenigstens einmal die letzten Bilanzen der LAVU sehen und nicht darauf angewiesen sein, was man über die LAVU in der Zeitung liest, denn das ist ja bekanntlich nichts Gutes.

Ich kann daher nur davor warnen, daß wir hier in eine blinde Art Solidarität mit anderen Abfallwirtschaftsverbänden eintreten, die wir nicht notwendig haben, sondern bleiben wir das, was wir sind, nämlich Eigenverantwortliche in unserer statuten Hoheit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Spöck, bitte sehr.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ganz so schwarz (schwarz in diesem Fall) wie der Herr Kollege Dr. Tilman Schwager sehe ich das nicht. Steyr ist, wie wir von Kollegen Bremm gehört haben, mit diesen S 200.000,- Höchstensatz betroffen. Es besteht keine Nachschußpflicht, wie uns Dr. Schmoll versichert hat. Ab 1999 können wir sogar die Gesellschaftsanteile verkaufen. Ich glaube, die Gründe der Zustimmung, wie auch Kollege Bremm ausgeführt hat, der Solidaritätsbeitrag im Interesse der Umwelt ist sicherlich wichtig.

Die Entsorgung darf nicht bei der Stadtgrenze aufhören. Da ist die Stadt und was am Land bei den Umlandgemeinden passiert, interessiert uns nicht. Wir können auch unter Umständen in Zukunft Leistungen von der LAVU in Anspruch nehmen. Daher die Zustimmung unserer Fraktion.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich würde gleich einen Vorvertrag machen.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Es passiert ja nichts.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Keine weitere Wortmeldung. Schlußwort, Herr Referent? Bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich werde das Schlußwort kurz halten, weil es hier um grundsätzliche Auffassungsunterschiede und nicht um vertragsinhaltliche Differenzen geht. Ich glaube aber doch aus der Sicht der Stadt Steyr sagen zu müssen, daß wir auch im Landesabfallverband als Stadt im Vorstand mit Sitz und Stimme sind und daß uns das auch Verantwortung überträgt. Wir können nicht sagen, daß uns als Stadt Steyr die 17 anderen Bezirksabfallverbände OÖ. nicht interessieren. Das wäre aus der Sicht der Stadt Steyr keine korrekte Vorgangsweise, auf der einen Seite mitzureden, auf der anderen Seite keine Verantwortung zu tragen.

Ich habe auch in meinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß das Land OÖ. im Zuge der Privatisierungsdiskussionen die LAVU verkauft, die ja sicherlich gerade aus ihren Kreisen nicht unbekannt sind. Diese Diskussion haben wir. Es haben hier unabhängige Fachleute dem Landesabfallverband geraten, diese Aktivitäten der LAVU in einer eigenen Holding unterzubringen, um damit auch Einfluß und Übersicht über die zukünftigen Aktivitäten zu erhalten.

Die Gesellschaftereinlage von S 200.000,--, die wir hier als Stadt Steyr vornehmen sollten, sind ja kein verlorener Aufwand. Man kann ja nicht voraussetzen, daß diese Gesellschaft in den nächsten Jahren bankrott geht und Steyr S 200.000,-- verloren hat, sondern wir gehen dort mit S 200.000,-- als Gesellschafter hinein. Das wollte ich noch anführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir schreiten zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? (6 Stimmen FP) Wer enthält sich der Stimme? (2 Stimmen FP)

Schöne „splitting“. Aber eines ist trotzdem nett für mich, wenn ich mir das so anhöre. Wir sind eigentlich indirekt ob unserer Selbständigkeit in der Umweltbeseitigung gelobt worden. Man traut uns auch in Zukunft zu, daß wir das im Griff haben werden.

Das ist auch schön. Nicht? Freue dich, Herr Stadtrat, du bist da der Ressortzuständige. Das wird dir nicht oft glücken.

Nächster Antrag bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Erweiterung der Mülldeponie - Projektierungskosten. Es sind ja hier schon 2 Raten zu bezahlen gewesen. Es geht hier noch um einen Teilbetrag, um die 3. Rate von S 150.000,--. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

9) Bau6-5062/92 Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr; Detailprojekt - Projektierungskosten; Rate 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 1. April 1997 wird der Kreditübertragung im Ausmaß von

S 150.000,--

von VSt. 5/8521/020000.2 auf VSt. 5/8521/006000.0 zugestimmt.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dem Pkt. 9 zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird ebenfalls nicht angezeigt, daher ist Pkt. 9 einstimmig angenommen. Nr. 10 bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Seit 10 Jahren haben wir als Stadt Steyr einen Vertrag mit der WIST OÖ in der Form, daß wir Kindern von Steyrer Familien Heimplätze zuweisen können. Es sind hier doch viele Steyrer Jugendliche, die in verschiedenen Städten Österreichs studieren und sie haben hier die Möglichkeit gehabt, ein Studentenheim zu beziehen. Wie wir ja wissen, ist das gar nicht so einfach, in den großen Städten Österreichs ein Studentenheim zu finden, das sich auch sozial Schwächere leisten können. Hier ist das doch eine große Hilfe für viele Steyrer Jugendliche gewesen.

Es geht jetzt darum, daß dieser Vertrag auf weitere 12 Jahre verlängert und mit der WIST eine Vereinbarung getroffen wird.

10) Fin-178/96 Verlängerung des am 11.3.1987 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht der Heimplätze der WIST OÖ. in Wien und Innsbruck

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 3.4.1997 wird dem Abschluß des in der Anlage beigeschlossenen Vertrages zwischen der Stadt Steyr und der WIST OÖ. zugestimmt. (BEILAGE)

Die dafür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 333.400,--

(Schilling dreihundertdreißigdreitausendvierhundert)

für das Jahr 1997 (1. Rate) werden bei der VSt. 1/2890/757000.5 freigegeben.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung zur Verlängerung des Vertrages und zur 1. Rate für das Jahr 1997.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Lengauer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, daß die Nachfrage nach Heimplätzen in nächster Zeit wieder größer sein wird, als sie in den letzten Jahren war, weil aus der sozialen Situation der Familien wahrscheinlich die Nachfrage größer werden wird. Auch durch den Wegfall der Fahrtkostenzuschüsse wird wohl auch diese Frage wieder größer werden. Daher glaube ich, daß es sehr wichtig ist, daß wir diesen Vertrag verlängern.

Für mich wäre interessant, warum die Verlängerung von 10 auf 12 Jahre kommt und hätte dann noch zwei Fragen an den Herrn Stadtrat:

1.) Wie ist zur Zeit die Auslastung dieser 40 Heimplätze Wien und Innsbruck?

2.) Wieviel Ansuchen für das Studienjahr 97/98 liegen zur Zeit vor?

Das andere wird wahrscheinlich keiner Frage mehr bedürfen. Es ist sicherlich klar, daß die Vergabe der Heimplätze nach sozialen Grundsätzen und Kriterien geschieht und nicht nach parteipolitischen.

GR Günter Fürweger trifft um 15.30 Uhr wieder ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Schlußwort, Herr Referent.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Zu den beiden Fragen. Warum 12 Jahre? Es geht hier um einen neuen Vertrag, und das sind die Vertragsbedingungen der WIST, wo hier der ausdrückliche Wunsch auf 12 Jahre geäußert wurde. In Anbetracht dessen, daß es keinen grundsätzlichen Widerspruch zu unserer zukünftigen Position in der Frage geht, ist das kein wesentliches Problem gewesen. Je länger hier Vereinbarungen in dieser Richtung getroffen werden, um so günstiger - darum 12 Jahre. Wir haben das von Haus aus gar nicht so in Frage gestellt, sondern das wurde im Entwurf vom anderen Vertragspartner so gewünscht.

Zur Auslastung kann ich sagen, daß wir hier doch eine sehr gute haben und zum Teil mit den 40 Heimplätzen, die wir hier vertraglich gesichert haben, nicht auskommen. Wir müssen schauen, daß wir darüber hinaus, der Herr Bürgermeister verwendet sich hier in dieser Frage persönlich immer dafür, zusätzlich Hilfe in dieser Richtung bekommen. Bis auf das letzte Jahr, wo ein paar Plätze offen waren, sind wir immer voll ausgelastet. Zum jetzigen Zeitpunkt bin ich noch nicht in der Lage zu sagen, wieviel Ansuchen vorliegen, weil einerseits sind oder verlassen ja viele Studenten das Heim nicht, sondern sind dort längere Zeit untergebracht. Darüber hinaus ist es für die Beantragung eines Heimplatzes notwendig, daß einer einmal weiß, ob er einen Platz an der Universität bekommen hat oder nicht. Er braucht die Inskription, damit er überhaupt weiß, ob er dort hingehet oder nicht. Er braucht eine Inskriptionsbescheinigung.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wenn er von der UNI genommen wird, braucht er eine Matura, das ist alles.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Heute auch nicht mehr.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Studienberechtigungsprüfung ist das zweite. Ob er genommen wird oder nicht, ist also kein Kriterium.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vielleicht, meine Damen und Herren, können wir fortsetzen. Amikablerweise natürlich.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Es ist aus Erfahrung so, daß die Bewerbungen und Ansuchen erst in den Monaten April, Mai bis Juni kommen. Ich kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau sagen, wieviel Bewerbungen hier in der Fachabteilung vorliegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag 10) die Zustimmung gibt, bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Sehe ich nicht. Einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Bremm. Nächster Berichterstatter ist Herr StR. Eichhübl.

Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach übernimmt den Vorsitz.

BERICHTERSTATTER ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe ihnen mehrere Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen, die Neuverlegungen von Versorgungsleitungen zum Inhalt haben und darf gleich mit dem ersten beginnen. Dieser Antrag betrifft den Versorgungsbereich Ennskai mit Erdgas. Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, besteht deswegen Bedarf, weil eben Erdgas in einer größeren Menge - wie festgestellt wurde - verbraucht wird, und daher diese Maßnahme zur Verstärkung des bestehenden Netzes notwendig ist.

Ich darf auch hier vor diesem Gremium sagen, daß sich der Stadtsenat bereits einmal mit dieser Thematik befaßt hat. Das steht auch so sinngemäß im Amtsbericht, weil offensichtlich bei der ersten Ausschreibung überhöhte Preise eingelangt sind, und daher kommt erst heute dieser Antrag zur Abstimmung.

Ich darf ihnen den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat verlesen:

11) Stw-9/97 Neuverlegung einer Erdgasversorgungsleitung im Bereich Ennskai; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 18. März 1997 wird im Zusammenhang mit der Neuverlegung einer Erdgasversorgungsleitung im Bereich Ennskai von der Schönauerbrücke zur Eisengasse der Vergabe an nachstehende Leistungen an die vorgeschlagenen Unternehmen zugestimmt.

1) Tiefbauleistungen (Anteil Stadtwerke) - Fa. Ing. Egger GmbH, Steyr

S 560.926,-- (e.U.)

2) Ankauf der Sphärogußrohre - Fa Kontinentale HG, Wels

S 296.851,-- (e. U.)

Die erforderlichen Mittel werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Frau Vizebürgermeister, ich darf sie bitten, den Antrag zur Diskussion zu stellen bzw. darüber abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich habe den Vorsitz übernommen. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der 2. Antrag betrifft die Otto-Glöckel-Straße, Roseggerstraße, Hafnerstraße, Kopernikusstraße und Arbeiterstraße. Hier geht es einerseits um die Neuverlegung von Erdgas- und andererseits um die Neuverlegung von Trinkwasserversorgungsleitungen. Aus dem Amtsbericht geht das ebenso hervor, aber ich möchte nochmals ganz kurz vor diesem Gremium darauf hinweisen, daß 1954 und 1955 diese angesprochenen Versorgungsleitungen verlegt wurden und Undichtheiten aufweisen, und es daher zu diesen Maßnahmen kommen muß.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

12) Stw-10/97 Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in den Straßenzügen Otto-Glöckel-Straße, Roseggerstraße, Hafnerstraße, Kopernikusstraße und Arbeiterstraße; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 18. März 1997 wird im Zusammenhang mit der Verlegung von Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in der Otto-Glöckel-Straße, Roseggerstraße, Hafnerstraße, Kopernikusstraße und Arbeiterstraße der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt.

A GASLEITUNGSBAU

1. Tiefbauleistungen:

Fa. Illichmann-Haider GesmbH, Steyr

S 1,565.679,-- (e.U)

2) Ankauf der Sphärogußrohrmaterialien samt Formstücke und Absperrorgane:

Fa. Kontinentale HG, Wels

S 934.493,-- (e.U)

B. WASSERLEITUNGSBAU

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Illichmann-Haider GesmbH, Steyr

S 1.024.746,-- (e.U)

2) Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien samt Absperrorgane und Installationsmaterialien:

Fa. Höller Eisen, Oberweis

S 404.947,-- (e.U.)

Die erforderlichen Mittel für den Wasserleitungsbau wurden im Investitionsplan 1997 der Stadtwerke Steyr unter III A I 2, III A IV 5, 6, 7 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht. Die Aufwendungen für die Sanierung des Gasnetzes wurden im Investitionsplan 1997 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter I A I 2, I A IV 6, 7, 8 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Die Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen im Siedlungsbereich Wenhart- und Krakowitzerstraße erfolgen derzeit über die Leopold-Werndl-Straße und sind nach annähernd 50-jährigem Bestand und Einsatz erneuerungsbedürftig. Es geht aus dem Amtsbericht hervor, daß auch die Anselm-Angerer-Straße, der Teil dieser Straße befindet sich ja bekanntlich im Gemeindegebiet Garsten, ebenso in diese Baumaßnahmen durch Verstärkung der Leitungsverbindungen miteinbezogen werden soll. Es soll so vor sich gehen, daß die derzeitige Anspeisung im vorgenannten Siedlungsbereich stillgelegt wird - das ist eine einfache Maßnahme - und ein Ringleitungsschluß hergestellt werden soll.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet daher:

13) Stw-11/97 Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen im Bereich Krakowitzer- und Wenhartstraße, Herstellung einer Erdgasleitungsverbindung in der Anselm-Angerer-Straße; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 18. März 1997 wird im Zusammenhang mit der Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in der Krakowitzer-, Wenhart- und Anselm-Angerer-Straße der Vergabe an nachstehende vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt.

A. WASSERLEITUNGSBAU

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Ploier + Hörmann GmbH, Marchtrenk

S 188.684,-- (e.U.)

2) Ankauf der PVC-Rohrmaterialien:

Fa. Höller Eisen, Gmunden

S 66.609,-- (e.U.)

B) GASLEITUNGSBAU

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Ploier + Hörmann GmbH, Marchtrenk

S 296.083,-- (e.U.)

2) Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien:

Fa. Pipelife Rohrsysteme, Wr. Neudorf

S 36.090,-- (e.U.)

Die erforderlichen Mittel für die Wasserleitungsverlegung wurden im Investitionsplan 1997 der Stadtwerke Steyr unter III A IV 1 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht. Die Kosten für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1997 des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr unter I A IV 1 und 3 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrte Damen und Herren, hohes Präsidium! Es ist sicher eine sehr sinnvolle Maßnahme, daß man hier diese Ringleitung etwas vereinfacht. Was mich an diesem Amtsbericht - so wie auch am letzten - besonders gefreut hat, ist, daß man sich immerhin dazu durchgerungen hat, daß die Grabungsarbeiten für Wasserleitung und Gas vom ein und demselben Unternehmen durchgeführt werden, und wir das in der Wenhartstraße schon einmal vor 2 Jahren gehabt haben, wo es zwei verschiedene Unternehmen waren, die es nicht zuwege gebracht haben, das auf einmal zu bewerkstelligen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu noch eine Wortmeldung?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Gratulation an den Referenten, daß er in seinem Bereich das jetzt erreicht hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herzliche Gratulation.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Darf ich dann alle, die mich so gelobt haben, auf 1/8 Gespritzten oder auf ein alkoholfreies Getränk einladen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Herr Referent ist gelobt worden, und jetzt werden wir über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt, Herr Stadtrat.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der letzte Antrag wird, wie ich annehme, wahrscheinlich doch einige Wortmeldungen nach sich ziehen. Es geht um die Errichtung einer Wasserrutsche im städt. Freibad.

Ich darf mir erlauben, bevor ich den Amtsbericht vortrage, einen kurzen Rückblick über die Ereignisse zu machen. Es wird ganz kurz sein, das verspreche ich. Auch dem Kollegen Spanring, der sich jetzt schon ganz verzweifelt zurückgelehnt hat, weil er erwartet, daß ich wahrscheinlich 1 1/2 Stunden darüber rede, aber dem ist nicht so.

Ganz kurz darf ich in Erinnerung rufen und jene Gemeindemandatäre, die im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen tätig sind, werden sich daran noch erinnern können, daß wir uns bereits am 3.2. d.J. mit dem Thema, das hier heute vorgelegt wird, nämlich den Bau einer Wasserrutsche aufgrund einer Vorlage der Stadtwerkedirektion, die sich hauptsächlich auf Vorlagen von Breitwasserrutschen bezogen hat, auch beschäftigt haben.

Es ist dort auch zur Diskussion gestanden, daß eine Firma, die Großwasser- oder Röhrenwasserrutschen erzeugt, nur dann ein Detailprojekt liefern wird, wenn sie auch einen entsprechenden Auftrag erhält, der eben ca. S 37.000,-- kostet.

Es wurde dann auch der Vorschlag vom Kollegen Bremm diskutiert, der aus dem Bereich Schule und Sport stammt und ebenfalls die Errichtung einer Röhrenwasserrutsche zum Inhalt hatte.

Wir konnten uns im Ausschuß nicht darauf einigen, welchem Rutschentyp man den Vorzug geben soll, Breitwasserrutsche, Röhrenrutsche oder Großwasserrutsche, wie sie auch genannt wird, und sind so auseinandergeschieden, daß wir den Stadtwerken den Auftrag erteilt haben, so schnell wie möglich weitere Angebote einzuholen, um eben Vergleichsmöglichkeiten zu haben und dann zu einer Entscheidung zu kommen.

Bedauerlicherweise war es aber dann so, daß diese eingelangten Angebote sehr, na ja, dürftig waren, möchte ich schon sagen. Sie haben sich wiederum nur auf Breitwasserrutschen bezogen, wobei eine dabei war, die außerhalb des Schwimmbeckens den Auslauf gehabt hätte, und das ist doch nicht im Sinne jener, die diese Wasserrutsche gerne benützen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, man lacht darüber, aber das wurde sehr groß angeboten, und zwar wegen verminderter Unfallgefahren u.dgl.m. Es war tatsächlich so. Es war auch wiederum so, daß die Fa. ROKA, um die es heute dann auch geht, bekanntgegeben hat, daß sie um diese S 1 Mio., das war ja auch Voraussetzung dafür, daß diese nicht überschritten wird, eine Wasserrutsche mit etwa 40 m Länge errichten wird. Allerdings hat sie wieder darauf beharrt, daß sie eben den Auftrag für eine Detailplanung erhalten soll.

Wir haben dann in Form eines Gespräches unter den Fraktionsobmännern am 19.3., zu der ich eingeladen habe, dieses Thema behandelt, und zwar deswegen, weil wir alle miteinander der Auffassung waren, daß diese Verbesserungsmaßnahme so rasch als möglich im städt. Freibad gesetzt werden soll. Wir haben uns dort dann geeinigt, daß man dieser Firma den Detailplanungsauftrag geben soll.

In weiterer Folge ist dann von der Magistratsdirektion ein Antrag gestellt worden, der dem Stadtsenat am 3.4. vorgelegt wurde und eben diesen Inhalt hat, den ich ihnen heute vortrage, daß nicht nur die Detailplanung, sondern auch die Auftragsvergabe an die Fa. ROCA ergehen soll. Im Stadtsenat hat es dann auch darüber einen einstimmigen Beschluß gegeben.

Der Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen wurde nachträglich bei der letzten Sitzung über diese Vorgangsweise informiert.

Ich darf ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, den Antrag des Stadtsenates vorlegen.

14) Stw-17/97 Städtisches Freibad Steyr; Einbau einer Wasserrutsche; Auftragsvergabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 21.3.1997, womit wegen Dringlichkeit gem. § 49 Abs. 7 StS 1992 nachstehendes verfügt wurde, wird genehmigt:

„Wegen Dringlichkeit wird der Auftragsvergabe an die Fa. ROKA HandelsgesmbH, Kutscha Gasse 7 - 9, 1230 Wien, entsprechend den vorliegenden Angeboten zur Detailplanung einer NAUTIK Wasserrutschbahn und daran anschließend zur Errichtung dieser Wasserrutschbahn im Gelände des städtischen Freibades zum Gesamtpreis von S 1 Mio. (exkl. USt.) zugestimmt und werden die dafür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 1 Mio. bei der VAS 5/8310/050100.1 freigegeben.“

Frau Bürgermeister, ich darf sie ersuche, die Diskussion bzw. Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, Herr Stadtrat. Zu Wort hat sich Herr StR. Bremm gemeldet.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir eigentlich heute schon, weil wir Vollmond haben, gedacht, wie sich dieser bei der heutigen Sitzung auswirken wird. Es ist sehr überraschend, daß sich das heute in Lob der zuständigen Referenten niederschlägt. Das ist sehr wohltuend. Ich glaube, Roman, dir geht es auch so. Das ist selten.

Zum Punkt Wasserrutsche möchte ich schon anfügen, daß, glaube ich, eine schwere Geburt vorbei ist. Es war nicht so einfach, diese Wasserrutsche, die ja über viele Jahre in diesem Gemeinderat diskutiert wurde, endlich einmal einer Realisierung zuzuführen. Es hätte mich natürlich auch gefreut, wenn hier doch die

Freiheitlichen, und das Budget ist immer ein Kompromiß; ich könnte auch aus meinen Referaten sagen, manche Investitionen, die getätigt werden, sehe ich lieber für den Sport oder für die Schule, aber so ist es nicht. Es gibt in der Stadt mehr Aufgaben zu bewältigen, und darum ist das auch ein Kompromiß. Ich hätte mich gefreut, lieber Roman, wenn du auch dem Budget zugestimmt hättest, wo du hier heute die Rutsche verkünden kannst.

Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kennen die Situation im Stadtbad, daß der Ruf des Stadtbades und ich glaube, hier keine Neuigkeit zu verbreiten, nicht unbedingt der beste ist. Es hat verschiedene Ursachen. Aber eine Ursache ist, daß man doch dieses Bad in vielen Bereichen attraktiver, mit mehr Freizeiteinrichtungen, gestalten sollte.

Ich möchte hier auch erwähnen, daß es nicht immer notwendig ist, im Budget Millionen von Beträgen flüssig zu machen, um das attraktiver zu gestalten, sondern man das auch mit kleinen Beträgen hier schöner und freundlicher gestalten kann.

Ich würde dich, lieber Roman, überhaupt ersuchen, ein Konzept zu erarbeiten, welche Attraktivierungsmaßnahmen im Stadtbad in Zukunft sein sollen, daß auch die Konkurrenzfähigkeit zu unserer Nachbargemeinde Garsten gegeben ist. Die Abwanderung der badefreudigen Bevölkerung nach Garsten ist stark spürbar. Wir merken das in den Besucherzahlen. Ich glaube, daß es hier notwendig wäre, ein Konzept zu erarbeiten, wie unser Bad entsprechend attraktiviert wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

In Garsten investieren sie S 25 Mio.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Stadtrat Schloßgangl hat sich zu Wort gemeldet.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Geschichte des Einbaus einer Wasserrutsche im städt. Bad ist für die Verantwortlichen der Stadtwerke wahrlich kein Ruhmesblatt.

Seit Jahren zieht sich die Forderung hin. Und in den letzten Monaten wurde auch vom Kommunalausschuß ganz klar der Auftrag erteilt, man solle ein Projekt bzw. 3 Anbote für eine Wasserrutsche einholen, um hier entscheiden zu können. Das war nicht möglich.

Es hat dann nach dem letzten Gemeinderat eine Aussprache der Fraktionsvorsitzenden mit dem Kollegen Eichhübl gegeben, wo wir den Auftrag erteilt haben, das Projekt der Fa. ROCA in Anspruch zu nehmen, die sich bereit erklärt hat, um rd. S 37.000,-- ein Projekt zu erstellen und im Auftragsfall auf diese Projektkosten zu verzichten. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit war - nachdem die Badesaison bzw. die Ferien in ein paar Monaten vor der Tür stehen - es notwendig, hier ganz rasch zu entscheiden, und so mußte eine Bürgermeisterverfügung getroffen werden, um dieses Problem zu lösen.

Was die eine Rutsche, die angeboten wurde, anlangt und die im Freien neben dem Becken mündet, ich weiß es nicht, ob das ein Planungsfehler war oder ob die Vorgaben oder die Wünsche von irgendwelchen Herren dort mitgespielt haben.

Nun sind wir soweit in der Lage, daß der Auftrag für die Rutsche vergeben wird und ich hoffe, daß sie rechtzeitig vor Ferienbeginn in Betrieb genommen werden kann. Auf jeden Fall war es eine sehr, sehr schwierige Geburt. Ich glaube, zwei Direktoren in den Stadtwerken müßten eigentlich in der Lage sein, so einen Auftrag termin- und ordnungsgemäß abzuwickeln.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort, Herr Referent?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja. Ich darf vielleicht kurz auf die Wortmeldung vom Kollegen Bremm eingehen, der gemeint hat, daß ein Konzept für die Modernisierung und Attraktivierung des Stadtbades vorgelegt werden sollte.

Lieber Gerhard, da kann ich eines sagen. Es gibt bereits seit mehreren Jahren ein Konzept. Und ich habe mich bemüht, bei den Budgetverhandlungen immer darauf hinzuweisen, daß eben entsprechende Modernisierungsmaßnahmen im Stadtbad notwendig wären, wobei wir aber nicht unberücksichtigt lassen dürfen, daß auch einige größere Reparaturen ins Haus stehen werden. Ich darf auch heute hier wieder sagen, daß nach wie vor das Taucherbecken undicht ist. Da wird es wieder um Millionen von Schillingen gehen. S 4 bis 5 Millionen sicher, so behaupten zumindest die Experten. Das ist der nächste Schritt.

Ich würde mich wirklich sehr darüber freuen, wenn im nächsten Budget Modernisierungsmaßnahmen für den Bereich des städt. Freibades entsprechend festgeschrieben werden.

Gerhard, ich muß dir schon eines einmal sagen. Konkurrenz für Garsten werden wir wahrscheinlich, ohne daß wir S 25 Mio. bis S 30 Mio. in die Hand nehmen, nicht werden. Das ist in etwa der Betrag, den die Marktgemeinde Garsten für die Modernisierung ihres Bades aufgebracht hat. Da werden wir sicherlich nicht mithalten können, sofern man bereit ist, derartige Summen in die Hand zu nehmen. Ich würde mich darüber sehr freuen. Natürlich gibt es auch Maßnahmen, die mit geringeren Mitteln zu erledigen sind, aber es ist einmal so, daß dieser Betrieb seit Jahrzehnten - seit Jahrzehnten -, wie wir ja wissen, seine Tätigkeit ausübt, und daher grundlegende Maßnahmen zu setzen wären.

Was die Terminisierung betrifft, so darf ich ihnen vielleicht doch noch folgendes mitteilen. Es ist geplant, einen Probebetrieb am 7. 6. d.J. durchzuführen. Bekanntlich öffnet das Freibad am 17.5. Ich habe eine genaue Auflistung dabei, und ich glaube, daß es genügt, wenn ich die Fertigstellung bekanntgebe, wobei ein Termin noch wichtig ist. Am 7.5.1997 soll die Lieferung dieser Wasserrutsche erfolgen und die Montage beginnen. Ich hoffe, daß dieser Terminplan aufgrund einer guten Witterung auch eingehalten werden kann. Am 31.5. soll die Montage der Rutschbahn fertiggestellt sein, dann erfolgen noch die weiteren Installationen, sodaß wie gesagt damit gerechnet werden kann, daß am 7.6. diese Wasserrutsche in Betrieb gehen wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Wasserrutsche ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke Herrn StR. Eichhübl für seine Berichterstattung und würde vorschlagen, daß wir 15 Minuten Pause machen.

PAUSE VON 16.00 UHR BIS 16.15 UHR

-

Bürgermeister Hermann Leithenmayr übernimmt wieder den Vorsitz.

-
BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Nächster Berichterstatter ist Herr StR. Schloßgangl. Ich darf ihn an das Rednerpult bitten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Hohes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um das Kommunalzentrum, Auftragsvergabe und Mittelfreigabe.

15) Bau5-201/93 Baustelle Kommunalzentrum;

I. Allgemeines

II. Ausschreibung der Instand- setzung des Hallendaches

III. Auftragsvergaben und

Mittelfreigabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 7. April 1997 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten wie folgt zugestimmt:

1. Instandsetzung des Hallendaches

Fa. Wittner, Steyr

netto S 3,890.661,26

2. Eigenleistungen des GB VII

netto S 4,109.000,-- =

netto S 7,999.661,26

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von netto

S 8,000.000,--

(Schilling acht Millionen)

bei der VA-St. 5/0290/010100.2 freigegeben.

Ich bitte um Diskussion bzw. um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Vizebgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. „Kommunalzentrum die 50.“, kann man bald sagen. Schön langsam werden die Gesamtkosten Realität, obwohl uns bis heute - trotz mehrfach und vielfach versprochen, daß die Gesamtkosten alsbald bekanntgegeben werden - noch keine schlüssige Ausgabe dieser Kostenaufstellung vorliegt.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 3. Juli 1992 wurde von Bürgermeister Leithenmayr der Steyrer Gemeinderat dahingehend informiert und ich wiederhole mich hier, ich habe dieses Protokoll schon einmal vorgelesen, aber es erscheint mir schon so wichtig und ich möchte es dem Gemeinderat nochmals zur Kenntnis bringen, weil bis heute bezüglich Gesamtkostenabschätzung nichts vorliegt. Hier wörtlich: „Es geht dort um rd. 10.000 m² Hallenfläche und die dazugehörigen Büroflächen, die wie die Fachleute sagen, nahezu beschaffen sind, als wären sie für uns gebaut worden. Ich hoffe, daß sich das auch bei der Adaptierung niederschlägt, nämlich in möglichst wenig zusätzlich aufzubringenden Kosten.“

Heute haben wir einen Amtsbericht vorliegen, wo steht: „Ein großer Teil des Hallendaches ist mit Bitumendachbahnen versehen, usw. Dieser Bereich weist eine Vielzahl von Undichtheiten auf, und ist daher großflächig zu sanieren. Gleichzeitig ist vorgesehen, die Anzahl der größtenteils schadhafte Lichtkuppeln von 429 Stück auf 111 Stück zu reduzieren.“

Herr Bürgermeister, wenn ich einen Fachmann mit einem Gutachten beauftrage und der liefert mir so ein Gutachten, wo das Dach - und das ist ja der Fachmann - nicht einmal mit einer Silbe so erwähnt ist, wie das tatsächlich im Zustand ist, wo es zu Steyrerzeiten bekannt war, daß die Dächer höchst undicht sind, und wenn ich jetzt 5 Jahre später noch immer keine Konsequenzen weder bezüglich des Gutachters noch bezüglich der Bauabteilung hier, Herr StR. Schloßgangl, da kommst du ins Spiel, sehe, wenn hier ein Obersenatsrat als Baudirektor auch immer noch dazu schweigt, wie es damals geschehen ist, wie es sein konnte, daß der Gemeinderat ein Gutachten vorgelegt bekommt, das - sagen wir so - gelinde gesagt nur 1/4 der gesamten Wahrheit bekanntgibt - wir werden heute noch in einem anderen Zusammenhang über Information, über gesamte und halbe Wahrheit, in einem anderen Bereich noch reden können - aber was wichtig ist, daß die Entscheidungsträger richtig und mit der gesamten Materie vertraut gemacht werden. Und wenn das nicht so ist, dann müssen Konsequenzen gezogen werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Die Debatte, meine Damen und Herren, wenn ich vielleicht das ganz kurz kommentieren darf, haben wir natürlich schon des öfteren geführt. Es ist auch mehrfach und ausführlich erläutert worden, wie die Dinge gelaufen sind. Es war ja nicht so, daß hier ein hausinternes Gutachten für den Kauf ausschlaggebend war, sondern das Gutachten eines Ingenieurbüros, das den Bauzustand als einen guten bezeichnet hat. Die Kosten für dieses Gutachten waren ganz erheblich. Wir haben dieses Gutachten natürlich auch für die Kaufentscheidung maßgeblich herangezogen. Von den Flächen entspricht natürlich dieses Bauwerk absolut den Vorstellungen und wird auch denen in Zukunft - ich gehe einmal von den nächsten 20 bis 30 Jahren aus - wirklich entsprechen.

Wir werden das erste Mal in die angenehme Lage versetzt, daß wir alle Wirtschaftsbetriebe der Stadt unter einem Dach haben und können auch die daraus sich ergebenden Synergieeffekte nutzen.

Natürlich müßten wir jetzt das Dach nicht zur Gänze reparieren. Wir hätten auch eine Menge anderer Investitionen, die wir entschlossen haben zu tätigen und unbedingt tätigen müssen. Nur war es dann eben unsere gemeinsame Auffassung, wenn wir schon alle diese Betriebe dorthin übersiedeln, daß wir dann auch tatsächlich zeitgemäße Werkstätten und Ingesamtbedingungen bis hin zu den Sozialräumlichkeiten eben herstellen. Die Kosten dafür werden etwa S 60 Mio., leicht darüber, sein. Der Herr Projektleiter Dipl.-Ing. Kremsmayr meint, daß wir sie vielleicht knapp unterschreiten könnten. Ich lasse mich überraschen, aber um die S 60 Mio. wird eben der Adaptierungsaufwand tatsächlich sein, wenn wir das Haus so herrichten.

Ich möchte nicht verhehlen, daß dort noch eine Reihe von Aktivitäten dazugekommen sind und wir eigentlich dort plangemäß unterwegs sind.

Eines muß auch einmal mehr dazu gesagt werden. Die Gutachten, die von beeideten Sachverständigen

vorgelegt worden sind, haben den Wert, und zwar hat hier der Gutachter der SDP AG den Wert des Objektes und des Grundstückes mit S 180 Mio. und unser Gutachter hat einen Wert von S 143 Mio. bescheinigt. Gekauft haben wir um S 100 Mio., ohne Zinsen bitte sehr, in 3 Raten und ohne einen Teuerungszuschlag. Wir haben hier netto S 100 Mio. in 3 Raten dafür bezahlt.

Insgesamt betrachtet wird man die Wirtschaftlichkeit dieses Vorganges letzten Endes daran zu messen haben, was ein neu errichtetes Objekt dieser Größenordnung für alle Unternehmungen der Stadt gekostet hätte, wenn wir fertig sind. Dann wird man den Strich machen müssen und man wird sagen müssen, was ein neues Projekt gekostet hätte und was hier dieser Kauf und diese Adaptierung zusammen gekostet haben, wobei einmal mehr auch noch gesagt werden muß, daß der Standort der optimalste überhaupt ist, und daher in betriebswirtschaftlicher Hinsicht und auf die Dauer von diesem Standort aus, auf die Jahre, in die Zukunft gerechnet die wenigsten Leerkilometer zurückgelegt werden müssen. Diese Position hat im besonderen auch der Rechnungshof bestätigt, wenn ich das in Erinnerung rufen darf. Das wollte ich dazu sagen, weil das direkt angesprochen wurde.

Ich würde nunmehr den Herrn Stadtrat um sein Schlußwort bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Trotzdem, ein fehlerhaftes Gutachten bleibt ein fehlerhaftes Gutachten. Und was glauben sie, was uns passiert, wenn wir als gerichtlich beeideter Sachverständiger ein fehlerhaftes Gutachten vorlegen. Geklagt werden wir!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir können schon klagen, aber so einfach sind die Dinge ja nicht. Die können vermutlich die Diskussion nicht zu Ende führen, aber natürlich sind diese S 60 Mio., die wir dort aufwenden, Aufwendungen, die wir in unserem eigenen Wirkungsbereich und im Interesse einer Modernisierung und zeitgemäßen Herstellung umfangreicher Werkstätten und Betriebsanlagen selbst beschlossen haben. Im Zuge dessen sind dort auch zusätzliche Aktivitäten hinsituiert worden. Das haben wir ja alle gemeinsam wollen. Daher wird sich der Gutachter auf seine Position „guter Bauzustand“ zurückziehen. Wenn alle Werkstätten in Steyr in dem Zustand wären, in dem die Hauptrepa der Steyrer Werke vor dem Kauf war, dann wäre ich schon glücklich, weil da gibt es viel schlechtere Werkstätten. Wir machen sie zu einem modernen Kommunalzentrum, und da müssen wir das Geld in die Hand nehmen. Nachfolgende Gemeinderatsgenerationen werden uns dafür dankbar sein. Die Beschäftigten dort werden uns auch dankbar sein.

Das ist meine Position dazu, Herr Dr. Pfeil. Herr Stadtrat, bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Vielleicht einmal ganz kurz zu den Gutachten. Der Herr Bürgermeister hat ja schon ausgeführt. Es hat 2 Gutachten gegeben. Eines der SDP AG und eines, das die Stadt beauftragt hat, mit eklatanten Preisvorstellungen und Unterschieden von über S 37 Mio.

Der Gutachter ist unabhängig und gerichtlich beeidet, daher kann man dem Baudirektor aber schon in keinsten Weise irgendeinen Vorwurf machen, denn es wurde von seiten der Stadt ein Gutachter ausgewählt und dessen Entscheidung ist zu akzeptieren.

Wie er das Dach begutachtet und in seine Wertanalyse eingebunden hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber wenn ich mir die Differenz anschau, von S 180 auf knapp etwas über S 140 Mio., so können sie dem wahrscheinlich nie durch ein Gegengutachten vorwerfen, daß sein Gutachten falsch oder schlecht war. Abgesehen davon hätte man dann ein Obergutachten von der Technischen Universität in Wien einfordern müssen, wenn man daran gezweifelt hätte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ja nicht wahr.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Natürlich, wenn ich zwei Gutachten habe, die verschiedene Aus...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das sind ja Privat.....

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

.....sagen geben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

..... gerichtlichen Gutachten. Da kannst einen jeden anderen Gutachter nehmen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, aber wenn ich.....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist doch nicht wahr.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

ein objektiv gültiges Gutachten.....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Bleib bei der Wahrheit.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Was heißt „bleib bei der Wahrheit?!“ Was ist da nicht wahr? Unterstelle nicht immer etwas!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Du hast gesagt, man muß ein Obergutachten von der Universität einholen. Das stimmt nicht.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wenn ich ein Obergutachten will, das vollkommen unabhängig

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Will, aber nicht muß.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, aber dann muß ich es einholen. Wenn ich zwei habe und ich will 100 % sicher gehen, dann muß ich mir z.B. die Universität als Obergut.....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Kann, aber nicht muß.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich sage, „man muß“. Man kann und man muß, wenn ich das haben will, ansonsten bekommt man es nicht.

Und wenn ich jetzt den Preis hernehme, daß die Stadt um S 100 Mio. gekauft hat, so haben alle damals erklärt und ich erkläre es auch noch, dann war das ein guter Preis, Herr Bürgermeister. Das muß ich sagen.

Die Gesamtkosten, die auch schon x-mal angeklungen sind, es gibt auch Aufstellungen darüber, sind nunmehr mit rd. S 64 Mio. geschätzt. Man wird danach trachten und es scheint so, daß wir knapp unter S 60 Mio. bleiben werden, sodaß wir um S 160 Mio. ein neues, modernes Kommunalzentrum haben, das wirklich alle Stücke spielt, und das bei einem Neubau in dieser Form wesentlich teurer, weit über S 200 Mio., gekommen wäre.

Ich muß nur eines noch dazu sagen, weil dann immer angegriffen wird, es ist in den Gutachten oder in den Stellungnahmen ausgeführt, „das ist wie für uns zugeschnidert für das Kommunalzentrum.“ Natürlich hätten wir das Ganze so verwenden können, wie es war. Man hätte die alte Heizung lassen können. Man hätte die alten Leitungen lassen können. Man hätte die alten Fenster lassen können. Man hätte mit Mittelöl weitergefeuert. Man hätte einen Wirkungsgrad bei der Heizung von, weiß ich nicht, 45%, anstatt von 85% oder 90% gehabt. Man hätte die Energie verschleudert. Man hätte die Umwelt belastet. Und wenn ich so etwas jetzt kaufe und in Betrieb nehmen will, dann ist es sinnvoll, solange es leer ist, es total zu sanieren. Weil ich kann nicht, wenn ein Büro eingerichtet und eingeräumt ist, gemalt und was weiß ich, die Böden gerichtet sind, zu stemmen, die Leitungen zu legen u.dgl.m. anfangen.

Da finde ich, war die Vorgangsweise ganz gut und richtig. Sie hat nur sehr viel oder relativ viel für die Stadt gekostet, aber im Vergleich zu einem Neubau noch immer wenig.

Daher, finde ich, ist die Entscheidung ganz gut. Und du versuchst da hier immer an den Haaren herbeizuziehen, eine Kritik aufzubauen oder die nie versiegen zu lassen, damit irgend etwas für den Wahlkampf da ist.

Ich muß dir sagen, wenn das fertig ist, dann werden wir und ich habe es hier schon einmal gesagt, ich bedaure, daß das nicht meine Idee war, das Kommunalzentrum dort hinzustellen, weil es würde uns woanders kaum oder nur sehr schwer gelingen, aus Umweltproblemen, aus Nachbarschaftsproblemen und dergleichen mehr, so ein Zentrum so günstig, auch von der Verkehrslage, und so wenig die Nachbarschaft störend unterzubringen. Daher glaube ich, daß das eine gute Geschichte ist, und die ewige Haxel-Beißerei sollte eigentlich ein Ende haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na, da geht es um viel Geld.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Koalition tut sich gegenseitig Lob.....

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Die Populisten sind unter uns.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Schau, wenn es um so viel Geld geht, lieber Freund....

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Und trotzdem wenig. Auch wenn es viel ist, ist es trotzdem wenig, als was es sonst kosten würde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir schreiten zur Abstimmung. Wer für den Antrag Nr. 15 und die entsprechenden Auftragsvergaben, die von Herrn StR. vorgetragen wurden, ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Gelächter

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Viel Lärm um nichts.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 16).

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im nächsten Antrag geht es um den Abschluß eines neuerlichen Aufschließungsübereinkommens mit Frau Berta Banglmayr, Wolfern, Kerschbergstraße 7.

16) Bau Gru-608/93 Abschluß eines neuerlichen Aufschließungsübereinkommens mit Frau Berta Banglmayr, 4493 Wolfern, Kerschbergstraße 7

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 9. April 1997 wird dem Abschluß eines Aufschließungsübereinkommens mit Frau Berta Banglmayr, 4493 Wolfern, Kerschbergstraße 7, zu den im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen zugestimmt.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Herr Kollege Fürweger. Es sei ihm erteilt.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat! Herr StR. Schloßgangl macht es mir leicht, weil er hat gerade vorher gesagt, daß es bei einem Bauvorhaben wichtig ist, vorher schon alles zu machen, damit man nachher nicht wieder nachjustieren muß.

Bei diesem Antrag geht es um die Straßenaufschließung für immerhin 60 Reihenhäuser. Soviel ich weiß, ist das nie im Verkehrsausschuß behandelt worden. Wir haben eigentlich in letzter Zeit das auch erlebt; ich nehme nur das Beispiel Hofer-Markt beim Kreisverkehr her, wie sich so etwas auf die Verkehrssituation auswirkt oder auch ganz aktuell - GR Apfelthaler hat es in der Beilage der OÖ. Nachrichten angeführt -, die Verkehrsproblematik bei der Fachhochschule beim FAZAT. Auch das haben wir eigentlich noch nie vorher so richtig behandelt, sondern jetzt fangen wir eigentlich an nachzujustieren. Genauso, glaube ich, ist es jetzt hier wieder. Es wird eigentlich nur mit der FA für Tiefbau abgestimmt. Meiner Meinung nach ist das zuwenig. Man sollte das unbedingt auch im Verkehrsausschuß behandeln und in weiterer Folge auch im Ausschuß für kommunale Betriebe, denn ich glaube schon, daß 60 zukünftige Hausbesitzer in der Masse wahrscheinlich einen Gasanschluß haben wollen. Und es soll ja nicht so sein, daß wir dann vielleicht in ein paar Jahren die Straßen wieder aufreißen, damit wir Gasleitungen verlegen können.

Ich bitte schon darum, vielleicht hier noch vorher in den zuständigen Ausschüssen diese 60 Reihenhäuser zu behandeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Sehe ich nicht. Schlußwort, Herr Referent?

STADTRATING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Dieser Antrag wurde im Planungsausschuß - ich glaube, der Planungsausschuß war das - behandelt. Hier sitzen von allen Fraktionen die Vertreter. Es gibt einen Verkehrsreferenten und wenn er so einen Antrag unbedingt in seinem Ausschuß haben will, so braucht er ihn nur auf die Tagesordnung setzen und er wird dort behandelt.

Im übrigen ist es aber meiner Meinung nach bei den Banglmayr-Gründen wesentlich anders als z. B. beim Kreisverkehr beim Hofer. Dort ist eine stark belastete Kreuzung, und beim Banglmayr sind 60 Fahrzeuge, keine Frage, aber es ist im Vergleich von einer Belastung in der Innenstadt eigentlich vernachlässigbar, meiner Meinung nach. Aber wenn man das behandeln will, steht es jedem frei, einen Antrag zu stellen und das dort hineinzugeben.

Im Planungsausschuß wird diese eingereichte Parzellierung behandelt, und dann haben dort alle Gelegenheit Stellung zu nehmen und auch in den einzelnen Ausschüssen behandeln zu lassen.

Also der Vorwurf, ich weiß nicht, wen der trifft oder treffen soll, aber den kann ich zurückspielen an sie oder an ihren Kollegen, den Verkehrsreferenten.

Danke, das war's.

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Der Herr Vorsitzende sind eigentlich sie, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Abstimmung?! Wer für den Antrag ist - es geht nämlich um ein Aufschließungsübereinkommen. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung? (1 Stimmenthaltung F) Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im nächsten Antrag geht es um den Neubau der Dorningerbachbrücke zur Aufschließung der Leeberggründe.

Hier hat sich gegenüber dem ursprünglichen Antrag eine Änderung insofern ergeben, als der Stadtsenat einstimmig beschlossen hat, diesen Auftrag zum Bestbieterpreis an die Fa. Mayrbau zu vergeben. Dieser lautet daher:

17) Bau4-450/93 Neubau der Dorningerbachbrücke zur Aufschließung der Leeberggründe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Tiefbau, vom 2. April 1997 wird der Vergabe der Brückenbauarbeiten zur Aufschließung der Leebergründe im Ausmaß von S 1,044.757,35 an die Fa. Mayrbau zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 1,044.800,-- sind heuer bei VSt. 5/6120/002250.8 vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Arbeiten ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1,044.800,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke vielmals. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im nächsten Antrag geht es um den Ausbau der Gußwerkstraße, Bauabschnitt 4, zwischen Mannlicherstraße und Parkplatz SKF.

18) BauStr-10/95 Ausbau der Gußwerkstraße BA 4 zwischen Mannlicherstraße und Parkplatz SKF

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. April 1997 werden die Baumeisterarbeiten für den 4. Bauabschnitt der Gußwerkstraße, zwischen Mannlicherstraße und Parkplatz SKF (ca. 400 lfm), an die ARGE Hinterberg als Zusatzauftrag übertragen. Als 1. Baurate werden die im Haushaltsplan 1997 vorgesehenen Mittel in Höhe von

S 2,500.000,--

bei VSt. 5/6120/02030.4 freigegeben.

Ich möchte hier noch anschließend anmerken, daß es notwendig sein wird, die Gußwerkstraße bis zur Seitenstettner Straße möglichst rasch weiter auszubauen.

Ich würde die geschätzten Kollegen des Gemeinderates ersuchen, falls wir im Bereich der Bauabteilung Einsparungen haben, diese dann später entsprechend umzuwidmen und zu übertragen, damit die Gußwerkstraße früher bis zum Anschluß fertiggestellt werden kann, weil mit dem Neubau der großen Ennsbrücke ein sehr starker Schwerverkehr eintreten wird, der dann über diese Straße geführt werden könnte. Aber das muß man abwarten, was bei unseren Bauvorhaben übrigbleibt bzw. was nicht unbedingt bis zum Spätherbst in Angriff genommen werden kann und muß.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Werden nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft den Bebauungsplan Nr. 64 „Schinagl-Gründberg“

19) BauGru-47/96 Bebauungsplan Nr. 64 „Schinagl-Gründberg“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 64 - „Schinagl-Gründberg“ - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 11. November 1996 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 27. März 1997 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., beschlossen.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung, meine Damen und Herren? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Sehe ich keine, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

In meinem letzten Antrag geht es um den Bebauungsplan Nr. 5 - „Christkindl“ - Änderung Nr. 3 - Teilaufhebung.

20) BauGru-30/96 Bebauungsplan Nr. 5 - „Christkindl“; Änderung Nr. 3 - Teilaufhebung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständlicher Bebauungsplan Nr. 5 - „Christkindl“ - Änderung Nr. 3 - Teilaufhebung - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 8. August 1996 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 27. Februar 1997 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., abgelehnt.

Ich bitte um Diskussion und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen daher auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Sehe ich keine, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Schloßgangl. Nächster Berichterstatter ist Herr StR. Ing. Dietmar Spanring.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 16.

21) Fin-5/95 Übernahme einer Haftung für ein Darlehen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für den Bauabschnitt 16

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 3. April 1997 wird der Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von S 2,200.000,- bei der RAIKA Garsten Steyr GenmbH, Stadtplatz 46, 4400 Steyr, durch den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung gemäß beiliegendem Schuldschein und der Übernahme der Ausfallhaftung durch die Stadt Steyr gemäß § 1356 ABGB für 60 % dieses Darlehens bis zu einem Betrag von S 1,320.000,- gemäß beiliegendem Bürgschaftsvertrag - vorbehaltlich der hierzu erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigung - zugestimmt. (BEILAGEN)

Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 22.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem 2. Antrag geht es um die Änderung der Handwerkerdienstzweigeordnung für Facharbeiter.

Das OÖ. Gemeindehandwerkerdienstzweigegesetz 1978 i.d.g.F sieht vor, daß zu den Bestimmungen des § 3 dieses Landesgesetzes nach mindestens zehnjähriger zufriedenstellender Verwendung im erlernten Lehrberuf als Facharbeiter in der Verwendungsgruppe P2(p2) eine Überstellung in die Verwendungsgruppe P1 (p1) erfolgen kann. Selbiges sollte nun in der Stadt Steyr passieren können, wobei der wichtigste Punkt darin besteht, daß einerseits die Verwendung im erlernten Lehrberuf und andererseits diese Überstellung „ad-personam“ erfolgen muß, und daher keine Berücksichtigung im jeweiligen Dienstpostenplan findet.

21) Präs-130/97 Änderung der Handwerkerdienstzweigeordnung für Facharbeiter

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung vom 3.4.1997 wird für die Bediensteten in handwerklicher Verwendung eine zusätzliche Anstellungs- bzw. Überstellungsmöglichkeit in die Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppe P1 (p1) geschaffen. Als Voraussetzung der Überstellung nach P1 (p1) ist eine mindestens 10-jährige Verwendung als Facharbeiter in einem zusammenhängenden Dienstverhältnis zur Stadt Steyr in der Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppe P2 (p2) erforderlich. Die Verwendung muß im erlernten Lehrberuf erfolgen.

Der Lehrberuf richtet sich nach den Bestimmungen oder den Übergangsbestimmungen des Berufsausbildungsgesetzes oder in der Land- und Forstwirtschaft oder wenn in dem betreffenden Zweig der Landwirtschaft eine solche Berufsbezeichnung nicht erworben werden kann, durch die Erwerbung der Berufsbezeichnung eines Gehilfen oder das Erfordernis der Erlernung eines einschlägigen Lehrberufes durch die erfolgreiche Ablegung der Facharbeiteraufstiegsprüfung entsprechend erlernt wurde sowie weiterhin die Verwendung im erlernten Lehrberuf erfolgt.

Weiters können über Antrag Klärwärter mit abgelegter Klärwärterfachprüfung und einer mindestens 10-jährigen Verwendung (zusammenhängendes Dienstverhältnis zur Stadt Steyr) als Klärwärter in der Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppe P2 (p2) in die Verwendungs- bzw. Entlohnungsgruppe P1 (p1) überstellt werden.

Bei beiden Überstellungsmöglichkeiten muß eine auf mindestens gut lautende Dienstbeurteilung vorliegen.

Diese Überstellungen erfolgen ad personam und finden keine Berücksichtigung im jeweiligen Dienstpostenplan.

Ich ersuche um Diskussion und um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die gewerkschaftliche Personalvertretung dieses Hauses setzt sich für Verbesserungen für ihre Bediensteten ein. Teilweise scheinen diese Verbesserungen sehr vernünftig, teilweise erscheinen sie auch dem Betrachter etwas überzogen. Ansonsten, wenn es um die Lösung von Problemfällen geht, hält sich die Gewerkschaft auffallend im Hintergrund. Aber nicht nur die Gewerkschaft, sondern auch der dafür zuständige Referent für Personal, Herr Spanring, bzw. der Herr Bürgermeister.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in der letzten Stadtsenatssitzung einen Antrag zur Debatte gehabt, wo es um eine fristlose Entlassung eines Mitarbeiters gegangen ist - und ich sage es jetzt bewußt -, wo wir durch falsche bzw. nicht vollständige Unterlagen hier in der Abstimmung getäuscht bzw. bewußt in die Irre geführt worden sind.

Es wurde - sie haben dann Gelegenheit zu antworten - dort behauptet, daß dieser Mitarbeiter, um den es geht, mehrfach mit der Polizei Schwierigkeiten gehabt hätte, daß er deshalb bereits schon verwarnt worden wäre und man sich so einen Mitarbeiter nicht leisten könnte. Na selbstverständlich wird man hier als StS.-Mitglied die ausgesprochene fristlose Entlassung des Bürgermeisters mit nachvollziehen!

Gelächter aufgrund eines unverständlichen Zwischenrufes.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dieser Geschichte ist mir wirklich wenig zum Lachen! Der Herr Bürgermeister hat die fristlose Entlassung ausgesprochen und der Stadtsenat mußte sie im nachhinein sanktionieren.

Nur, die Mitglieder des Stadtsenates, und ich fühle mich hier als Entscheidungsträger gelinde gesagt hinter das Licht geführt. Wie kann es sein? Es wurde sonst nichts in diesem Antrag mitgeteilt. Es wurde lediglich behauptet, daß dieser Herr des öfteren Wickel mit der Polizei gehabt hätte, ansonsten nichts. Das ist ein Randalierer, der gehört sofort entlassen. Gut, soweit das erste. Dann kommt es. Tage später, setzen sich Steyrer Bürger für diesen Herrn ein, und dann wird mitgeteilt, daß dieser Herr zu 60% invalid ist, daß er wegen einer bestimmten Erkrankung, die im mentalen Bereich ist, invalid ist. Darüber wurde im Stadtsenat nicht gesprochen, daß man ihn gerade deshalb einstellen konnte, weil er eben diesen Einstellungsschein hat. Diese fristlose Kündigung wurde offensichtlich auch nicht mit dem Bundessozialamt abgesprochen. Dazu kommt noch, daß eine Dienstbeschreibung vorliegt, meine sehr verehrten Damen und Herren, die auf „sehr gut“ lautet. Und es steht hier in der Dienstbeschreibung: Allgemeines Verhalten des Bediensteten - im Dienst einwandfrei, außerhalb des Dienstes - nichts Nachteiliges bekannt.

Jetzt frage ich, Herr Bürgermeister, entweder stimmt die Dienstbeschreibung nicht oder wir wurden falsch informiert. Aber daß man einen Behinderten so fristlos entläßt, ohne die Entscheidungsträger mit der ganzen Wahrheit dort zu konfrontieren, das finde ich arg. Das finde ich wirklich arg. Und wir werden als zuständiges

Gremium dann im nächsten Stadtsenat den Antrag auf Aufhebung dieser fristlosen Entlassung stellen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Ich nehme an, der Herr Kollege Schloßgangl und anschließend der Personalreferent werden sich dazu auch noch äußern. Kollege Schloßgangl, bitte sehr.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Auch ich wurde von einem Bürger, aller Wahrscheinlichkeit oder sogar sicher von demselben, von dem Dr. Pfeil informiert wurde, davon in Kenntnis gesetzt, daß angeblich diese Entlassung zu unrecht ausgesprochen worden sei. Er sei in ärztlicher Behandlung gewesen, sei vom Krankenhaus gekommen und hat im Zuge eines Krankheitsanfalles diese Tötlichkeit in Innsbruck verübt. Wie immer dem auch sei. Herr Dr. Pfeil hat die Situation dargelegt, wie wir informiert wurden und der Stadtsenatsbeschluß zustande kam. Wenn dem nicht so sein sollte und wenn sich herausstellen sollte, daß der Mann ein ärztliches Attest bringt, daß er außerdem einen Einstellungsschein gehabt hat, so wird man aller Wahrscheinlichkeit nach das Verfahren ja wieder aufrollen müssen; nehme ich an.

Was die fristlose Entlassung betrifft, glaube ich, war sie, wenn diese Fakten, die hier zu dem damaligen Zeitpunkt angegeben wurden, gestimmt haben - und ich nehme an, der Herr Bürgermeister hat auch nichts anderes gewußt -

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

So ist es.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

.... dann war sie sofort auszusprechen, denn eine Entlassung duldet keinen Aufschub.

Ich warte diese Stellungnahme jetzt ab, es wird ja - soviel ich weiß - eine Berufung gemacht, dann wird das Ganze geprüft werden müssen. Wenn sich seine Unschuld oder seine krankheitsbedingte Verfehlung herausstellen sollte, dann wird das sicherlich im Personalausschuß neu zu behandeln sein

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Stadtsenat.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

und dann wird auch als letzte Konsequenz der Stadtsenat darüber zu befinden haben. Sollten sich aber diese Angaben nicht bewahrheiten, dann ist er vollkommen zu Recht entlassen. Ich möchte mir heute noch kein endgültiges Urteil darüber erlauben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung?

Herr Kollege Fürweger. Das ist interessant, wir reden über eine ganz andere Sache.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Normal wäre das ein Thema für die Aktuelle Stunde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Merkwürdig ist das. Der Herr Dr. Pfeil hat uns wieder auf eine Nebenspur geführt, aber bitte, wenn das alle so erregt, warum soll man das nicht einmal zulassen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat! Weil wir jetzt über diese Sache reden, fällt mir da ein Artikel in die Hände, wo es ja schon am 24. Februar heißt, daß dieser Magistratsbeamte in Munichholz randaliert hat, und man praktisch erst nach dieser Geschichte in Innsbruck dann tätig geworden ist. Da jetzt meine Frage an den zuständigen Mann von der Personalabteilung, Herrn Greinöcker, warum man da eigentlich mit der Entlassung so spät reagiert hat

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

und jetzt auf einmal will man das wieder rückgängig machen?! Es sind hier jetzt schon einige Fragen aufgetaucht, die zu klären sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Keine weitere Wortmeldung. Wahrscheinlich ein Schlußwort. Das wird auch diese Seitenlinie der Diskussion ein bißchen beleuchten.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das wäre schon interessant, wozu ich jetzt reden soll. Es ist ein Antrag über die Änderung der Handwerkerdienstzweigeordnung gestellt worden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dazu ist nicht geredet worden.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Dazu ist tatsächlich nicht geredet worden, das als Pkt. 1.

Pkt. 2. Es ist sicher so, daß offene Diskussionen über Mitarbeiter des Magistrates eigentlich im Gemeinderat nicht zulässig sind, außer der Gemeinderat stimmt dem ausdrücklich zu, daß das passiert. Das ist das eine, das andere ist; eines ist schon klar, Herr Dr. Pfeil, der ganze Fall gehört grundsätzlich, wie sie ihn diskutieren wollen, in den Personalbeirat. Ich möchte ihnen nur als Antwort geben, wenn man schon von Arzt zu Arzt spricht, wenn der Magistrat und die verantwortlichen Herren eine amtsärztliche Darstellung bekommen, wo Deliktfähigkeit vom zuständigen Amtsarzt

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das stimmt nicht.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Na gut. Sie sagen, es stimmt nicht. Wenn ich ihnen jetzt sage,

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Pfeil

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Herr Dr. Pfeil, daß wir hier solche Diskussionen in der Öffentlichkeit nicht führen sollen, weil das nach dem Statut auch unzulässig ist, daß der zuständige Innsbrucker Amtsarzt die Deliktfähigkeit der Person festgestellt hat, dann hat der zuständige Magistrat überhaupt keine andere Chance, als diesem entsprechend zu begehen. So ist es.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warum haben sie nicht gesagt, daß das jemand ist, der zu 60 % invalid ist? Das ärgert mich am meisten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vielleicht kann ich dazu aus der arbeitsrechtlichen Sicht einen kleinen Beitrag leisten, Herr Dr. Pfeil. Mit dem dürften sie sich noch nicht näher beschäftigt haben.

Ein Einstellschein verhindert, daß der Dienstgeber eine Kündigung ohne Zustimmung des Landesinvalidenamtes durchführen kann. Eine fristlose Entlassung ist ein völlig anderer Rechtstitel und davon nicht tangiert. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Da könnte ja sonst jemand mit einem Einstellschein alles tun und der Dienstgeber könnte sich von dem nicht trennen. Das sind zwei verschiedene Rechtsvorgänge. Ich bitte, das auch noch zu berücksichtigen.

Im übrigen, glaube ich, nachdem es sich da um eine Person handelt und Datenschutzbestimmungen bestehen und der Fall nur erörtert werden kann, wenn man alle diese Fakten auf den Tisch legt, daß wir dieses Problem im nächsten Personalbeirat noch einmal ganz genau erörtern. Dazu werden, glaube ich, alle sehr gern bereit sein, überhaupt, wenn vielleicht ein neues Licht auf diese Sache fallen könnte.

Zu dem Zeitpunkt und mit den Fakten, die damals vorlagen, war einfach eine fristlose Entlassung auszusprechen, und es hätte überhaupt keine andere Entscheidung geben können.

Ich schlage daher vor, daß wir uns wieder mit der Tagesordnung beschäftigen, daß der nächste Personalbeirat im vertraulichen Kreis diese datengeschützten Dinge dort erörtert, und dann können wir im Lichte dessen noch einmal darüber entscheiden, wenn das notwendig sein sollte.

Nunmehr, nachdem ja zur Sache selbst nicht diskutiert wurde, kommen wir zur Abstimmung über Pkt. 22) Änderung der Handwerkerdienstzweigeordnung für Facharbeiter.

Ich bitte alle Damen und Herren dem zuzustimmen, wenn sie dem Antrag wirklich zustimmen wollen. Danke sehr. Das ist der Fall. Gibt es gegenteilige Auffassungen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Werden nicht angezeigt.

Ich nehme nunmehr, meine Damen und Herren, unter Pkt. 23) den Dringlichkeitsantrag in Behandlung. Dieser lautet:

Dringlichkeitsantrag

Die Immorent Liegenschaftsanlage- und VerwaltungsgesmbH & Co KG beabsichtigt im Bereich der Grundstücksadresse Ennser Straße 23, (ehemaliger KGM Steyr) die Wiederinbetriebnahme eines Verbrauchermarktes für gemischte Waren einschließlich Lebens- und Genußmittel. Seitens der OÖ. Landesregierung wurde für die gegenständliche Grundfläche bereits ein Raumordnungsprogramm verordnet (LGBl. 1997/31), nachdem die Errichtung von Geschäftsbauten bis zu einer Gesamtverkaufsfläche von 8.000 m² zulässig sind.

Die zusätzlich erforderliche Flächenwidmungsplanänderung liegt unseres Erachtens durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen sowie der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung im öffentlichen Interesse. Derzeit ist die ggst. Grundfläche als „gemischtes Baugebiet“ gewidmet und müßte für den vorgesehenen Zweck in ein Gebiet mit der Widmung „Geschäftsbauten“ umgewidmet werden.

Der Gemeinderat möge daher beschließen:

Gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 97 wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 16. Jänner 1997 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 21. April 1997 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. 1993/114 idgF., beschlossen.

Dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich komme daher gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir haben heute Beschlüsse über Ausgaben von S 23,172.000,-- gefaßt.

Aktuelle Stunde

SPÖ ein Thema? Kein Thema.

FP ein Thema? Herr Kollege Fürweger.

GR Josef Brandstötter und GR Ulrike Fuchs verlassen um 17.06 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat! Das Thema ist heute um so aktueller geworden, nachdem ich die Steyrer Rundschau gelesen habe, wo zu lesen war, daß sie, Herr Bürgermeister, mit Schülern im Brunnenschutzgebiet eine Baumpflanzung gemacht haben, um das Steyrer Wasser noch mehr zu schützen.

Wir haben in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 10. April ja auch davon gesprochen, und zwar im 1. Tagesordnungspunkt, wo es darum gegangen ist, daß die Trinkwasserversorgung durch die Ennskraftwerke AG auch hergestellt werden könnte.

Die Ennskraftwerke AG plant ja eine Trinkwasserversorgung, und zwar nicht nur eine Versorgung als Reserve, wie wir von ihnen, Herr Bürgermeister, immer wieder gehört haben, sondern sie plant ja sogar eine Gesamtversorgung.

Wir haben im Ausschuß gehört, daß die Stadt 160 l/sec. momentan aus dem eigenen Brunnenschutzgebiet im Norden der Stadt erhält. Und die Ennskraftwerke wird sogar 200 l/sec zur Verfügung stellen, und zwar aus den ufernahen Schotterflächen der Enns, zwischen Steyr und Ternberg.

Nun hat sich ja für die EKW die Problematik ergeben, daß sie lt. Landesgesetz nur Wasser entnehmen kann, das 60 Tage im ufernahen Bereich verweilt, damit es die nötige Qualität aufweist. Will man es vor Ablauf der 60 Tage nutzen, muß es aufbereitet werden. Gerade dieses Wort „aufbereitet“ gibt einem zu denken.

Aber nicht nur diese eine Sache, natürlich auch die zweite Sache, daß gerade sie, Herr Bürgermeister, ja auch Aufsichtsratsvorsitzender der EKW AG sind und natürlich in dieser Funktion so gut wie möglich schauen, daß auch die EKW in allen Belangen, ob es jetzt Strom, Wasser etc. ist, zu ihrem Geld kommt.

Ich glaube, daß diese Verknüpfung Bürgermeister der Stadt Steyr und Aufsichtsratsvorsitzender der EKW AG gerade in dieser Angelegenheit unvereinbar ist.

Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß die Stadt Steyr selbst für ihre Trinkwasservorkommen im Norden der Stadt verantwortlich ist und diese so gut wie nur möglich zu schützen hat und nicht die Aufgabe hat, hier aus anderen Bereichen des Landes Wasser anzuzapfen.

Wir fordern sie auf, sich von einer dieser Funktionen, entweder von der des Bürgermeisters oder von der des Aufsichtsratsvorsitzenden, zurückzuziehen.

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sie wissen, glaube ich, selbst

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was wäre ihnen denn lieber, Herr Kollege?

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Es geht uns wirklich darum, daß wir der Steyrer Bevölkerung nicht zumuten können, in Zukunft aufbereitetes Wasser von den EKW zu beziehen, wenn wir selbst in unserem Stadtgebiet besseres Trinkwasser haben, was nicht aufbereitet ist. Es geht wirklich an sie die Bitte, hier eher für die Stadt als für die Ennskraftwerke tätig zu sein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diesen Beitrag. Ich möchte den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben, um mich selbst zu Wort zu melden, nachdem ich ja direkt zitiert wurde.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Fürweger, es fällt mir natürlich schwer, mich zu entscheiden, welche Funktion ich zurücklegen soll.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nachdem ich ja Aufsichtsratsvorsitzender bei der Ennskraft bin und das dort um Gotteslohn mache, werde ich wahrscheinlich Bürgermeister bleiben, wenn ich ihrer Intension folgen würde.

Aber um das geht es eigentlich nicht so. Ich habe diese Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender nicht deswegen übernommen, weil ich nicht ausgelastet bin, sondern weil natürlich Enns und Steyr hier bei uns fließen.

Wir müssen ein erhebliches Interesse daran haben, so gut es geht auch dort Einfluß zu nehmen. Würde man man z.B. mit den Wasserständen zuviel manipulieren, wäre das sehr gegen die Interessen der Stadt gerichtet.

Natürlich würde sonst ein Herr in Linz oder ein Herr in Wien diesen Aufsichtsratsvorsitz übernehmen. Der hätte dann eine wesentlich geringere Beziehung zu dieser Stadt und zu dieser Region und zu den Menschen, die auch bei der Ennskraft beschäftigt sind, als ich oder einer, der hier vor Ort in der Verantwortung steht.

Das waren eigentlich die Gründe, warum ich mich bewegen hab' lassen, dort hinzugehen. Es gibt natürlich jetzt vom Bürgermeister der Stadt Steyr kein Interesse, hier plötzlich eine dubiose Rolle zu spielen, wie sie das zu den Medien geäußert haben. Das haben sie ja da herinnen vermieden, aber mich haben heute schon die Zeitungen angerufen, die sagen nämlich, daß ich schon wieder eine dubiose Rolle spiele.

Das ist ja hochinteressant. Sie bringen immer so Tiefschlagttöne in die Diskussion. Ich muß ihnen ganz ehrlich sagen, daß es im höchsten Maße die Verantwortung des Steyrer Gemeinderates ist, daß wir die Stadt mit

dem *Überlebensmittel* Wasser ausreichend und in die Zukunft hinein versorgen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Und warum machen sie?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Und das ist auch nicht neu, das haben nämlich schon vor mehr als 10 Jahren die Gemeinderäte gewußt und haben sich mit dieser Materie beschäftigt. Jahrelang hat es sogar im Budget der Stadt Steyr einen Ansatz in der Größenordnung von einer oder zwei Millionen Schilling gegeben, um hier einem überregionalen Wasserversorgungsprojekt, nämlich Molln, das durch das Land OÖ. hätte durchgeführt werden sollen, beizutreten und die Wasserversorgung Steyrs sozusagen mit einem zweiten Bein zu versorgen.

Das haben unsere Vorgänger debattiert, das haben wir selbst zum Teil debattiert, und wir hätten auch gerne gesehen, daß da etwas weitergeht.

Leider ist dieses Landeswasserversorgungsprojekt nicht realisiert und auch nicht vorangetrieben worden. Was wir sehr klar feststellen konnten - und ich rufe dich, lieber Freund Roman Eichhübl, in den Zeugenstand - , als nämlich vor 2 Jahren am Tabor diese Verunreinigung passiert ist. Als wir plötzlich in der Situation waren, daß wir zwar genug Wasser hatten, aber nicht in der geforderten Qualität. Und ich erinnere daran, daß wir uns damit mehrmals beschäftigt haben, hier Ausgaben zu beschließen, die ganz erheblich waren, und zwar haben wir über S 20 Mio. ausgegeben, um Sperr-, Schluckbrunnen und Stripanlagen dort einzusetzen, damit wir das Grundwasser von der Perchlorethylen-Verunreinigung sauber bringen. Das möchte ich doch in Erinnerung rufen!

In Wirklichkeit, Herr Kollege Fürweger, haben wir das Wasser über den Sperrbrunnen herausbefördert und über den Schluckbrunnen wieder hineingegeben. Das heißt, in Wirklichkeit haben wir schon in unserem Bereich Wasserfiltermaßnahmen durchführen müssen. Da ist sehr klar zutage getreten - und für mich auch mit der Sorge verbunden -, daß wir zwar gegenwärtig noch ausreichend Wasser haben, aber die Achillesferse eine Verunreinigung sein kann und wir gut beraten sind zu schauen, dieses zweite Standbein, was unsere Vorfahren in diesem Kreis schon früher ins Auge gefaßt haben, tatsächlich zu errichten.

Nachdem uns sehr klargemacht worden ist, daß mit dem Mollner Vorhaben in aller nächster Zeit - oder wo wir das noch so ungefähr erleben - nichts wird und sich hier die Ennskraftwerke seit mehr als 50 Jahren intensiv mit den Ennsbegleitenden Grundwasserströmen beschäftigt und solche Projekte hausintern betreibt, ist es sehr, sehr naheliegend, und zwar unabhängig davon, ob ich zufällig Aufsichtsratsvorsitzender bei der Ennskraft bin oder nicht, daß die Stadt Steyr auf so ein Projekt Bezug nimmt. Wir haben das auch nicht verheimlicht und verschwiegen, sondern es hat sich auch der Umweltausschuß vor rd. 1 Jahr mit dieser Materie beschäftigt: Ennskraft - Wasserversorgungsprojekt. In diesem Ausschuß waren sie auch dabei, Herr Kollege Fürweger. Dort haben sie sich nicht geäußert, daß sie dagegen sind. 1 Jahr später werden sie munter und sagen, „ich spiele eine dubiose Rolle“. Das ist schon merkwürdig. Das können sie sich sparen, das möchte ihnen sagen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Günter Fürweger

Und jetzt im letzten Planungsausschuß waren wieder, bitte sehr, die Fachleute, um uns den Stand ihrer Arbeiten in diesem Bereich zu sagen. Sie haben uns da sehr genau berichtet und es war auch Gegenstand unserer Beratungen zum Stadtentwicklungskonzept. Ich glaube, daß wir uns eben mit Hilfe der Erfahrungen, die dort bestehen, wo 100 Bohren gemacht wurden, wo man sehr genau diese Grundwasserströme kennt, mit dieser Materie beschäftigen und dieses Projekt vorantreiben sollten.

Wissen sie? Natürlich müssen wir auf die Sauberkeit unserer Wasservorkommen schauen. Da haben wir

keine unterschiedlichen Auffassungen. Aber sich darauf auszuruhen und nicht zu erkennen, wie gefährdet auch diese Wasserversorgung sein kann, wenn nämlich eine Verunreinigung passiert, das ist etwas, mit dem alleine finde ich mich nicht ab, und daher bin ich interessiert. Andere machen das auch nicht und sie führen durchaus hier in Kooperation mit den Ennskraftwerken ihre Wasserversorgung durch, Herr Kollege Fürweger. Nicht deswegen, weil dort auch jemand im Aufsichtsrat der Ennskraftwerke sitzt, auch nicht, weil er politisch einer ist, der zur Sozialdemokratie neigt, sondern in der „schwarzen“ Gemeinde Kronstorf darf ich ihnen sagen, ist da eine Einladung zur feierlichen Inbetriebnahme der zentralen Wasserversorgungsanlage Kronstorf gekommen, durchgeführt

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Die trinken nur mehr aufbereitetes Wasser.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

von den Ennskraftwerken. Und wissen sie, wer dort aller auftritt? Natürlich nicht nur die Musikkapelle und andere,

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

.... zuerst LR. Dr. Hans Achatz, dann Herr LH-Stv. Hochmair und Herr LH Pühringer. Die machen das dort. In Weyer gibt es ein ähnliches Projekt, das in Vorbereitung ist. Und in Steyr machen sie Presseaussendungen und sagen, daß der Bürgermeister ein dubioses Geschäft macht und irgend jemanden begünstigen will. Nur weil ich mir Sorgen mache. Übrigens weiß ich mich eins mit einer ganzen Menge anderer Kollegen und Mandatäre in unserem Gemeinderat, daß wir uns hier um unsere Wasserversorgung zu kümmern haben.

Daher möchte ich schon sehr bitten, meine Damen und Herren, Wasserversorgung nicht zu einem Thema in einem oberflächlichen Wahlkampfgeplänkel so ein halbes Jahr vor den Wahlen zu machen. Das ist viel zu ernst.

Ich persönlich würde schon sehr bitten, daß wir das wirklich viel ernster nehmen und uns um die Wasserversorgung in der Gegenwart, vor allen Dingen auch in Zukunft, kümmern und die, die wir jetzt schon selbst durchführen, aber auch um eine zusätzliche, die möglicherweise - und das Projekt gibt es ja noch gar nicht, wir wissen auch nicht, was es kostet

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

S 150 Millionen

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja schauen sie, das hat der Riedler da hinten gesagt! Das habe ich auch gehört. Sie können sich doch nicht an solchen Dingen aufhängen, weil irgendeiner S 150 Mio. sagt! Wer weiß das schon wirklich, was es kostet?

Aber wenn man eine Wasserversorgung aus dem Oberliegerbereich zwischen Sand und, ich weiß nicht, Ternberg bekommt, wird es natürlich etwas kosten. Umsonst bekommen wir das von woanders auch nicht.

Wenn sie glauben, daß es aus Molln billiger wäre, weil es auch weiter weg ist - nicht wahr? -, dann kann ich dieser Rechnung auch nicht folgen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Übrigens, wenn sie mit ihrem Parteikollegen Achatz eine schnelle Mollner-Lösung bringen können, dann können wir sie vielleicht bei der Ennskraft wieder verabschieden, aber gegenwärtig sehe ich hier am realistischsten, das Projekt Ennskraft weiterzuverfolgen, und das war auch die demokratisch gebildete Meinung im Planungsausschuß. Ich bitte daher, das auch zur Kenntnis zu nehmen, und nicht von dubiosen Vorgängen zu reden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist schon interessant, daß die Frau Vizebürgermeister sich auch nie an das Statut hält. Beifallskundgebungen sind im Gemeinderat nicht erlaubt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist nur interessant

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Aber ich habe jetzt den Vorsitz übernommen und jetzt werde ich gleich aufklären. Meine Damen und Herren.....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

..... als Vorsitzender sollte man es ganz besonders machen

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

Zwischenrufe: „Zuschauer, Herr Bürgermeister!“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben heute schon sehr viele Sachen

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Als Vorsitzende hätten sie noch vielmehr die Verpflichtung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

gemacht, wo man nicht zur Sache gesprochen hat, was ja nach den Statuten auch nicht erlaubt ist. Das wäre ein Thema für die Aktuelle Stunde gewesen, dazu gibt es ja eine „Aktuelle Stunde.“

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da haben wir was Besseres gehabt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, man muß sich entscheiden, was wichtiger ist. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR. Schloßgangl, bitte sehr.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Werte Kollegen des Gemeinderates! Trinkwasser wird in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten wertvoller als jede andere Energie werden. Wenn man sich die Entwicklung in den verschiedenen Ländern anschaut, so wird es immer rarer. Wir in Österreich sind in der glücklichen Lage, ein sehr gutes und vor allem in genügender Menge vorhandenes Trinkwasser zu besitzen.

Seit 2 Perioden fordern wir - und seit der letzten Periode auch andere Fraktionen - die Prospektierung neuer Brunnenfelder. Und jedes Jahr, ich glaube seit 91, wurde je eine Million Schilling dafür bereitgestellt.

Wir waren, ich möchte jetzt nicht irgend jemanden angreifen, nicht in der Lage, hier entscheidende Fortschritte zu erzielen. Es hat bei einer großen Quelle in Wolfern Pumpversuche gegeben, doch hat sich dieses Projekt zerschlagen, weil der Eigentümer nicht bereit war, da er eine große Fischzucht betreibt und außerdem der Eintrag von Nitraten und anderen Düngemitteln nicht auszuschließen war, da dieser Grundwasserstrom ein sehr breites Einzugsgebiet hat.

Nunmehr weiß man seit vielen Jahren, speziell die Ennskraftwerke, daß die Uferfiltrate der Enns eine sehr gute Wasserqualität aufweisen.

Der Bürgermeister hat schon erwähnt, seit 50 Jahren fahren sie Versuche und Kronstorf wird mit einer Anlage betrieben. Es laufen dort schon viele, viele Jahre bzw. Jahrzehnte Versuchsbrunnen und werden bei allen Situationen des Wasserangebotes, bei Niedrigwasser, bei Hochwasser, bei Höchstwasser, bei arger Verschmutzung und dergleichen mehr, Jahre hindurch beobachtet.

Dieses Wasser wird im Bereich des Ufers so gut gefiltert, daß es eigentlich nur aus Sicherheitsmaßnahmen mit einer Entkeimungsanlage durch UV-Bestrahlung versehen werden muß, und daher ist die Aufbereitung - wie sie der Herr Kollege angesprochen hat - eigentlich, ich möchte sagen, vollkommen harmlos oder

unbedenklich.

Ich verstehe unter Aufbereitung, wenn ich Wasser chemisch aufbereiten muß, wenn ich eine große Entsalzung brauche, wie z.B. die Holländer, die aus dem Meer Trinkwasser gewinnen u.dgl.m., dann habe ich eine große chemische Beeinflussung, aber mit der Entkeimung durch UV-Strahlen, glaube ich, ist das überhaupt keine Belastung. Das ist eine Sicherheitsmaßnahme.

Wir sind daran gut beraten, hier Vorsorge zu treffen, um ein zweites Standbein zu haben, wenn mit unserem Trinkwasser irgendeinmal etwas passiert. Wir haben es erlebt - das wurde auch schon gesagt -, daß wir Verunreinigungen gehabt haben und wir viel, viel Geld für die Reinigung aufwenden mußten - über S 20 Mio. - und bis heute das Problem eigentlich noch nicht 100 % gelöst haben. Daher glaube ich, ist es wirklich erforderlich und gut, daß wir diesem Projekt der EKW einmal etwas nähertreten, daß wir uns anschauen, welche Möglichkeiten es gibt, welche Kosten auf uns zukommen würden. Es sind ja auch verschiedene Varianten diskutiert worden. Eine Variante, daß die EKW das Ganze entwickelt und die Stadt sich daran beteiligt bzw. das Wasser kauft, dann wird der Preis eben entsprechend hoch sein oder, daß sich die Stadt daran beteiligt und dann mehr oder weniger zu einem niedrigen Preis oder überhaupt kostenlos, je nachdem, wie hoch die Beteiligung ist, von dort Wasser beziehen können wird.

Ich glaube, daß dieses Projekt auf jeden Fall einmal soweit ausgereift werden soll, daß man sich entscheiden kann, wenn man die Kosten vorliegen hat, zu welcher Lösung man greift.

Es ist ja nicht daran gedacht, daß man die Brunnen in Dietach stilllegt, sondern daß man dort halbe-halbe Wasser entnehmen wird, um immer entsprechende Qualität zu haben und auf der anderen Seite mit dem Uferfiltrat der EKW, wenn das kommen sollte, auch eine 100%ige Sicherstellung des Wasserbedarfes für die Stadt hätte.

Daher bin ich auch dafür, daß dieses Projekt weiterbetrieben wird. Über die anderen unqualifizierten Äußerungen, wie Bürgermeister usw., möchte ich mich nicht äußern.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr übernimmt wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Grüne? Keine Wortmeldung dazu. Danke sehr. Gibt es ein neues Thema? ÖVP? Grüne? Auch kein Thema.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe diese.

ENDE DER SITZUNG: 17.32 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR. Anton Obrist, GR Arno Thummerer, Elke Kotas, GR Ingrid Weixlberger